Aktionsplan der Landesregierung „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“. Zweiter Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans. (Stand: April 2017)
Zweiter Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ in Nordrhein-Westfalen

Stand: April 2017
Inhalt

Einleitung ................................................................................................................................. 8

1 Der Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“ - ein
dynamisches und im Zeitverlauf weiterentwicklungsfähiges Konzept zur
Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in NRW - .......... 9
1.1 Das Inklusionsstärkungsgesetz NRW – ein Beitrag zur Stärkung der
inklusiven Rechtskultur –.................................................................................. 10
1.2 Das Inklusionskataster NRW - „Nichts ist so überzeugend wie die inklusive
Praxis“ - ........................................................................................................ 11
1.3 „Nichts über uns, ohne uns“ – zur rechtlichen Verankerung des
Inklusionsbeirats auf Landesebene und die Förderung der politischen
Teilhabe in den Kommunen –.......................... 13
1.4 Selbstbestimmte Lebensführung durch unabhängige Beratung stärken - zur
Rolle und Bedeutung der Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben . 15

2 Weitere wesentliche Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung
der UN-BRK .............................................................................................................. 17
2.1 Die Weiterentwicklung von Recht und Gesetz im Sinne einer inklusiven
Rechtskultur ......................................................... 17
2.2 Beteiligung der Organisationen und Verbände der Menschen mit
Behinderungen .................................................................................. 18
2.3 Kontinuierliche Arbeit an einer neuen Kultur inklusiven Denkens und
Handelns .......................................................................................... 21
2.4 Projekte zur Verbesserung von Lebenslagen und Lebenssituationen von
Menschen mit Behinderungen ............................................................................ 22

3 Landesinitiative NRW inklusiv - Abgleich zum Stand der Förderung und
Umsetzung aller Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der
Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen ...................... 25
3.1 Selbstständigkeit und selbstbestimmte Lebensführung ...................... 25
3.1.1 Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben ....................... 25
3.1.2 Das Persönliche Budget ...................................................... 26
3.1.3 Rechts- und Handlungsfähigkeit und Betreuungsrecht .......... 26
3.2 Interessenvertretung und Teilhabe .................................................. 28
3.2.1 Politische Teilhabe in den Kommunen .................................. 28
3.2.2 Zusammenarbeit kommunalaler Behinderten- und Senioren-
vertretungen .................................................................................. 30
3.2.3 Gesellschaftliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen ..... 31
3.3 Zugänglichkeit und Barrierefreiheit .................................................. 32
3.3.1 Aufbau einer Informationsplattform über die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden in Verbindung mit Bestandserhebung durch qualifizierte Freiwillige, das „Signet Barrierefrei NRW“, und „Agentur Barrierefrei NRW“................................................................. 33
3.3.2 Zugänglichkeit im grenzüberschreitenden Kontext ..................................... 35
3.3.3 Barrierefreier Wohnraum.............................................................................. 36
3.3.4 Kooperation mit Angeboten der Wohnberatung ........................................ 36
3.3.5 Zugänglichkeit von Gebäuden der Landesregierung .................................. 37
3.3.6 Barrierefreie Öffentlichkeitsarbeit............................................................... 42
3.3.7 Mobilität und Zugänglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel ......................... 45
3.3.8 Infrastrukturverbesserung des ÖPNV.......................................................... 45
3.3.9 Barrierefreiheit im Straßenraum................................................................. 48
3.3.10 Ergänzende Serviceketten......................................................................... 48
3.4 Wohnen und unabhängige Lebensführung...................................................... 49
3.4.1 Wohnraumförderung.................................................................................... 49
3.4.2 Stärkung des selbständigen und selbstbestimmten Wohnens.................... 50
3.5 Leben in der Familie.......................................................................................... 52
3.5.1 Elternassistenz und begleitete Elternschaft .............................................. 53
3.6 Kinder und Jugendliche.................................................................................... 54
3.6.1 Frühkindliche Bildung................................................................................ 54
3.6.2 Früherkennung und Frühförderung............................................................. 54
3.6.3 Teilhabe an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit .......................................................................................................................................................... 56
3.7 Arbeit und Qualifizierung................................................................................ 59
3.7.1 Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der Landesregierung ............................................................. 59
3.7.2 Gestaltung der Übergänge von der Schule in Ausbildung, Beruf und Studium in Verbindung mit Regionale Vernetzungsstrukturen und ein allgemeines Übergangssystem................................................................. 60
3.7.3 Steigerung der Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze ................................ 62
3.7.4 Unterstützung von Maßnahmen und Projekten zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt................................................................. 64
3.7.5 Stärkung von Konzepten der Teilnehmerorientierung bei den Angeboten zur beruflichen Rehabilitation in den Berufsförderungswerken ... 66
3.7.6 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ........................................ 66
3.17.4 Kommunikation zwischen gehörlosen und hörenden Menschen ........ 104
3.18 Sozialraumentwicklung und örtliche Teilhabeplanung......................... 106
3.19 Projekte in Wissenschaft und Forschung, Evaluation des Aktionsplans.... 107
  3.19.1 Statistik, Daten und Informationen..................................................... 109
  3.19.2 Datenbericht zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen................................................................. 109
3.20 Inklusion in Schule und Hochschule..................................................... 110
  3.20.1 Eckpunkte zur Inklusion in der Schule ................................................ 110
  3.20.2 Inklusion in der Hochschule ............................................................... 119
Einleitung


Im Jahr 2014 hat die Landesregierung erstmalig dem Landtag einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplanes „Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“ (vgl. Vorlage 16/1936) vorgelegt. Mit diesem Dokument liegt nunmehr ein zweiter Bericht hierzu vor. Dieser zweite Bericht hat folgende Schwerpunkte:


Entlang der Eckpfeiler und der Grundphilosophie des Aktionsplans erfolgt in Kapitel zwei eine zusammenfassende Darstellung weiterer wesentlicher (zum Teil sogar herausragender) Projekte und Maßnahmen.


1 Der Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“ – ein dynamisches und im Zeitverlauf weiterentwicklungsfähiges Konzept zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in NRW

Der Aktionsplan der Landesregierung ist von vorneherein als ein dynamisches sowie im Zeitverlauf für neue Herausforderungen und fachliche Weiterentwicklungen anpassungsfähiges Konzept zur Umsetzung der UN-BRK in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht worden.


- Kontinuierliche Arbeit an einer neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns,
- Weiterentwicklung von Recht und Gesetz im Sinne einer inklusiven Rechtskultur,
- Beteiligung der Organisationen und Verbände der Menschen mit Behinderungen sowie
- der Förderung von Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Sie belegen einerseits, dass inklusives Handeln prozesshaftes Handeln ist, das im Vollzug immer wieder überprüft und ggf. durch neue Maßnahmen, Vorkehrungen etc. ergänzt werden muss.

Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die Landesregierung mit der Grundausrichtung ihres Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ auch die konzeptionelle Basis dafür geschaffen hat, dass solche Ergänzungen und Anpassungen möglich sind, ohne das Gesamtkonzept in Frage zu stellen.

Einzelne Projekte dieser Entwicklungen werden nachfolgend in diesem ersten Kapitel beispielhaft dokumentiert:
1.1 Das Inklusionsstärkungsgesetz NRW – ein Beitrag zur Stärkung der inklusiven Rechtskultur –


Mit dem Inklusionsstärkungsgesetz werden die Anforderungen der UN-BRK in diesem Sinne in landesrechtlichen Vorschriften umgesetzt. Nordrhein-Westfalen bekennt sich mit dem Gesetz ausdrücklich zur UN-BRK und verdeutlicht damit, dass das Land, die Kommunen aber auch andere öffentliche Träger eine Vorbildfunktion in Bezug auf die Inklusion und die damit einhergehenden Anforderungen haben.

Mit diesem Gesetz wurde in NRW erstmalig eine Richtschnur für die Träger öffentlicher Belange in ihrem täglichen Verwaltungshandeln für die Umsetzung der UN-BRK vor Ort geschaffen. Ein solches Gesetz gibt es bisher nur in Nordrhein-Westfalen.


Von zentraler Bedeutung im Gesetz sind die Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie die Schaffung umfassender Barrierenfreiheit. Dies zeigt sich unter anderem an folgenden Regelungen:


Die Träger öffentlicher Belange müssen angemessene Vorkehrungen für den Einzelfall sicherstellen; dies kann z.B. eine Induktionsschleife für Menschen mit einer Hörbehinderung bei einer Veranstaltung sein oder die Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache, wenn ein Thema gerade besondere Bedeutung erlangt.

Blinde oder Menschen mit einer Sehbehinderung können selbstbestimmt und geheim ihr Wahlrecht ausüben. Für die Bereitstellung entsprechender Stimmzettelschablonen für die Landtags- bzw. Kommunalwahlen sind die Landeswahlleiterin/der Landeswahlleiter bzw. die Kreiswahlleiterinnen/Kreiswahlleiter nunmehr gesetzlich verpflichtet (bislang: Bereitstellung auf freiwilliger Basis). Zudem ist in den wahlrecht-

Mit der Agentur Barrierefrei NRW wurde eine Institution rechtlich verankert (§ 4 Inklusionsgrundsätzegesetz – IGG NRW), die mit ihren Beratungsleistungen maßgeblich dazu beiträgt, Barrierefreiheit konkret vor Ort umzusetzen. Mit dieser Agentur ist NRW seit langem Vorreiter und stellt diese Institution nun auf eine dauerhafte rechtliche Grundlage. Dies gilt auch für die überörtliche Arbeitsgemeinschaft für das Betreuungswesen, die in bedeutender Weise dafür tätig ist, dass die Strukturen im Betreuungswesen weiter verbessert werden und somit die Rechte der Betreuten umfassend gewahrt werden.

Es wurde eine unabhängige und überörtliche Monitoringstelle beim Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin eingerichtet, die die Umsetzung der UN-BRK in NRW überwacht. Insofern ist sichergestellt, dass auch von externer Seite der Prozess begleitet wird.

Zudem wurde im Inklusionsgrundsätzegesetz (IGG NRW) verankert, dass die Landesregierung vor Einbringung eines Gesetzes in den Landtag prüft, ob die Bestimmungen dieses Gesetzes der UN-BRK entsprechen (vgl. § 6 Abs. 2 IGG NRW).

1.2 Das Inklusionskataster NRW - „Nichts ist so überzeugend wie die inklusive Praxis“

Die Landesregierung wird durch das Inklusionsgrundsätzegesetz (§ 5 Abs. 6 IGG NRW) verpflichtet, „die in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen auf die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Herstellung inklusiver Lebensverhältnisse aufmerksam zu machen, sie für die Ziele der Inklusion zu sensibilisieren“ und dazu Beispiele gelungener inklusiver Praxis bekannt zu machen. Kernstück zur Verwirklichung dieses Auftrags ist das internetgestützte Inklusionskataster NRW, das in diesem Zusammenhang folgende Funktionen erfüllen soll:

- qualitätsgesicherte Sammlung gelungener Beispiele praktischer Inklusion, aufbereitet nach unterschiedlichen Lebensbereichen und Lebensphasen,
- Darstellung und Vernetzung von kommunalen Ansätzen zur Implementation eines inklusiven Planungsverständnisses und
- Ermöglichung eines niedrigschwelligen, fachlichen und zugleich praktischen Austauschs in Projektforen.
Das Projekt schließt dabei an die Empfehlungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) zur Planung eines inklusiven Gemeinwesens an. Mit der Projektdurchführung wurde das Zentrum für Planung und Evaluation der Universität Siegen (ZPE) unter Leitung von Prof. Dr. Albrecht Rohrmann beauftragt.

Die im Auftrag des MAIS erstellte Arbeitshilfe „Inklusive Gemeinwesen planen“, wird so ergänzt und erweitert durch eine interaktive und dynamische Internetplattform (www.inklusionskataster-nrw.de), auf der Kommunen und andere Interessierte Anregungen zu gelungenen und übertragbaren Praxisbeispielen, Projekttenden und Planungsaktivitäten im Kontext der Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens finden können.


In kleineren Veranstaltungen werden die Planungsverantwortlichen aus den Kommunen zum Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der planerischen Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens eingeladen. Der zweite Workshop, der für Mai 2017 geplant ist, wird sich mit der Bedeutung des Inklusionsstärkungsgesetzes für die kommunale Ebene befassen.

Alle Veranstaltungen des Inklusionskatasters werden auf der Homepage ausführlich dokumentiert.

Das Team des Inklusionskatasters NRW hat außerdem (wegen seiner Expertise im Hinblick auf die Bewertung von Inklusionsprojekten) die Jury des Inklusionspreises NRW 2016 bei der Auswertung der Bewerbungen zum Inklusionspreis unterstützt. Alle nominierten Projekte erhielten zudem die Gelegenheit, sich auf der Internetplattform zu präsentieren.

Auf der Grundlage eines Expertinnen-/Expertengesprächs zum Thema Arbeit wird dieser Bereich derzeit umfassend umstrukturiert. Eine wichtige Funktion des Inklusionskatasters NRW ist dabei, einen ersten Zugang für Interessierte, jedoch bislang


1.3 „Nichts über uns, ohne uns“ – zur rechtlichen Verankerung des Inklusionsbeirats auf Landesebene und die Förderung der politischen Teilhabe in den Kommunen

Die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen auf Landesebene wird maßgeblich über den Inklusionsbeirat des Landes NRW (vgl. § 10 IGG NRW) sichergestellt. Aufgabe des Inklusionsbeirats ist es, die Landesregierung bei der Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ sowie der Anforderungen der UN-BRK) zu beraten und so die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen bei der Ausarbeitung von Gesetzen und politischen Programmen (Artikel 4 Absatz 3 UN-BRK) zu gewährleisten. Gleichzeitig gibt er Empfehlungen für politische Programme bzw. zeigt in diesem Kontext Handlungsbedarfe auf. Da der Inklusionsbeirat die gesamte Themenbreite der UN-BRK erörtern soll, sind zur fachlichen Unterstüt-
zung seiner Arbeit Fachbeiräte bei den für die jeweiligen Themen zuständigen Ressorts eingerichtet worden, die dem Inklusionsbeirat zuarbeiten.

Das novellierte Behindertengleichstellungsgesetz NRW (Artikel 2 ISG NRW) enthält außerdem die Regelung, dass „die Landesregierung unter Beteiligung des Inklusionsbeirats Empfehlungen und Mustersatzungen zur Unterstützung der Kommunen bei der Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen (erarbeitet)“ (§ 13 Abs. 2 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (BGG NRW)).

Auf dieser Grundlage sollen die Verantwortlichen in den Kreisen, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten dabei unterstützt werden, ihrer Verpflichtung aus § 13 Abs. 1 Satz 2 BGG NRW nachzukommen, die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen per Satzung zu regeln. Auch in der Gemeindeordnung NRW wird mittlerweile auf die Möglichkeit der Gemeinden hingewiesen, zur Wahrnehmung der spezifischen Interessen von Menschen mit Behinderung besondere Vertretungen bilden oder Beauftragte bestellen zu können (vgl. § 27a GO NRW).


Auf Basis der Empfehlungen möchte das Projekt die kommunalen Akteurinnen und Akteure dabei unterstützen:

1. Dort, wo noch keine Form der Interessenvertretung vorhanden ist, partizipative Strukturen von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen zu entwickeln.

2. Dort, wo bereits Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen vorhanden sind, diese daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie den Anforderungen der UN-BRK bereits gerecht werden oder inwieweit sie weiterzuentwickeln sind.

1.4 Selbstbestimmte Lebensführung durch unabhängige Beratung stärken – zur Rolle und Bedeutung der Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben

Nach § 9 Abs. 3 Inklusionsgrundsätzegesetz sind für die partizipative Gestaltung inklusiver Lebensverhältnisse unabhängige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wesentlich.

Mit Blick auf die Notwendigkeit, das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen weiter zu befördern, wird seit 2016 in allen fünf Regierungsbezirken des Landes jeweils ein Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) aufgebaut.


Zur fachlichen Unterstützung und Vernetzung der Kompetenzzentren wurde bei der NRW.ProjektSoziales GmbH in Gelsenkirchen eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet.

Die KSL sollen dabei helfen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen an der Gesellschaft teilhaben können.


Kurz skizziert:

• entwickeln die KSL gemeinsam geeignete Maßnahmen, um Selbstbestimmung landesweit umzusetzen (z.B. die stärkere Nutzung des Persönlichen Budgets),
• beraten die KSL unabhängig zu allen Fragen und Themen rund um das Thema Behinderung und unterstützen Menschen mit Behinderungen auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben,
• informieren die KSL über aktuelle Entwicklungen in der Behindertenpolitik im Kontext der UN-BRK,
• bieten die KSL eine Plattform für alle Institutionen und Verbände, die sich mit Konzepten wie Inklusion und Selbstbestimmung auseinandersetzen, um praktische Veränderungen herbeizuführen,
• bündeln die KSL Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen, führen Fachveranstaltungen durch und erstellen Informationsmaterial zur gezielten Bewusstseinsbildung und Überwindung von bisher vorherrschenden Denkmustern. Dies gilt in besonderem Maße auch für Fragen der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit.

Die Wirksamkeit der KSL im Sinne der UN-BRK wird durch eine prozessbegleitende Evaluation untersucht. Mit Frau Prof. Dr. Theresia Degener, Evangelische Fachhochschule Bochum, konnte dafür eine national und international renommierte Expertin zu Fragen der UN-BRK und hier insbesondere des selbstbestimmten Lebens gewonnen werden.

Von der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) wird ein weiterer Impuls zur Weiterentwicklung der Beratungslandschaft ausgehen. § 32 SGB IX regelt, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales „eine von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige ergänzende Beratung als niedrigschwelliges Angebot [fordert], das bereits im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen zur Verfügung steht“. Es handelt sich, dem gesetzlichen Auftrag entsprechend, um ein Beratungsangebot, das sich auf Rehabilitations- und Teilhabeleistungen nach dem SGB IX bezieht. Dabei sollte die Beratung von Betroffenen für Betroffene („Peer-Counseling“) besonders berücksichtigt werden.

Für die Landesregierung ist wesentlich, dass von der Förderung neue Impulse für Inklusion und Selbstbestimmung ausgehen. Dabei sollte an bestehende Strukturen angeknüpft werden. Als „Blaupause“ für unabhängige Beratungsstrukturen können die KSL in diesem Kontext zentrale Ankerpunkte für die neu zu schaffenden Beratungsangebote sein.

2 Weitere wesentliche Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung der UN-BRK

Mit ihrem Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“ kommt die Landesregierung ihrem Gestaltungsauftrag mit Blick auf die Realisierung von Inklusion und Teilhabe systematisch nach. Der im Jahr 2012 beschlossene Aktionsplan wird kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt und hat dazu beigetragen, die Umsetzung der UN-BRK ressortübergreifend zu verankern. Nachfolgend werden entlang der Eckpfeiler des Aktionsplans weitere herausragende Projekte des Aktionsplans zusammenfassend vorgestellt:

2.1 Die Weiterentwicklung von Recht und Gesetz im Sinne einer inklusiven Rechtskultur (Kapitel III, Normprüfung, S. 59 - 78)

Parallel zur Erarbeitung des Aktionsplans hat die Landesregierung eine systematische Prüfung der Vereinbarkeit des Landesrechts mit der UN-BRK durchgeführt.


Hierzu hat NRW bisher neben dem bereits angesprochenen „Ersten allgemeinen Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in NRW“ u.a. die folgenden Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- das 9. Schulrechtsänderungsgesetz (Erstes Gesetz zur Umsetzung der UN-BRK in den Schulen) und die damit verbundene Schaffung eines Rechtsanspruchs auf gemeinsamen schulischen Unterricht, die Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung sonderpädagogischer Förderung, das Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion,
- die Novellierung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten des Landes Nordrhein-Westfalen (PsychKG NRW),
- die Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG-Gesetz), die Landesbauordnung (BauO NRW) und Sonderbauverordnung (SBauVO),
- die Einführung einer kontinuierlichen Prüfung neuer Gesetze und Maßnahmen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-BRK durch eine Regelung in der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) für die Ministerien des Landes NRW.
Mit Blick auf die UN-BRK wurden außerdem bereits seit 2010 im Kern die folgenden Gesetze oder Verordnungen novelliert:

- Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)
- Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
- Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
- Heilberufsgesetz (HeilBerG)
- Hochschulgesetz (HochschulG NRW)
- Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG) - Drittes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)
- Kinderbildungsgesetz (KiBiz) - das Gesetz ist zum 1. Juli 2016 in Kraft getreten
- Krankenhausgestaltungsgesetz NRW (KHGG NRW),
- Landesbauordnung (BauO NRW) und Sonderbauverordnung (SBauVO),
- Gesetz zur Weiterentwicklung des Landespflegerechtes und Sicherung einer unterstützenden Infrastruktur für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige (Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen - APG NRW),
- Nichtraucherschutzgesetz (NiSchG NRW),
- Rettungsgesetz NRW (RettG NRW),
- Schulgesetz (SchulG NRW),
- Wohn- und Teilhabegesetz (WTG NRW),

Des Weiteren hat sich das Land NRW intensiv in die Beratungen zu bundesrechtlichen Regelungen eingebracht. Dies betrifft insbesondere das Bundesteilhabegesetz (BTHG), die Schnittstellenproblematik des § 35 a SGB VIII und die Regelungen des SGB XII (Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung) sowie die Regelungen zum Dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG III) und die Weiterentwicklung des Betreuungsrechts.

2.2 Beteiligung der Organisationen und Verbände der Menschen mit Behinderungen (Kapitel II, S. 43 - 47 und S. 78)

Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen sowie ständig beratenden Expertinnen und Experten.


Zur Sicherung der notwendigen Breite der Diskussion im Themenbereich Inklusion sowie zur Unterstützung der fachlichen Arbeit des Inklusionsbeirats sind nachfolgend aufgelistete Fachbeiräte eingerichtet worden:

- **Fachbeirat Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Wohnen** (Vorsitz und Geschäftsführung MAIS)
- **Fachbeirat Arbeit und Qualifizierung** (Vorsitz und Geschäftsführung MAIS)
- **Fachbeirat Partizipation** (Vorsitz und Geschäftsführung Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen - LBB)
- **Fachbeirat inklusive schulische Bildung** (Vorsitz und Geschäftsführung MSW)
- **Fachbeirat Gesundheit** (Vorsitz und Geschäftsführung MGEPA)
- **Fachbeirat Kinder und Jugendliche mit Behinderungen** (Vorsitz und Geschäftsführung MFKJKS).

Bisher haben acht ordentliche Sitzungen sowie zwei außerordentliche Sitzungen des Inklusionsbeirats stattgefunden. Es besteht die Regelung, dass mindestens eine Sitzung pro Jahr stattfindet.

Mit folgenden Themen hat sich der Inklusionsbeirat schwerpunktmäßig beschäftigt:

- beabsichtigte Änderungen zum Ausführungsgesetz zum zwölften Buch Sozialgesetzbuch (AG SGB XII NRW), Themenfeld selbständiges Wohnen,
- Änderungsvorschläge zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aus den Fachbeiräten und Diskussion zur Novellierung des BGG,
- Empfehlungen und Arbeitshilfen zur Planung und Gestaltung inklusiven Gemeinwesens,
- Signet Barrierefrei NRW und Arbeit der Agentur Barrierefrei NRW,
- Erstes allgemeines Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen,
- Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen,
- 9. Schulrechtsänderungsgesetz und Folgeänderungen,
- Bericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“,
- Inklusionspreis NRW 2015 und 2016,
• Expertise „Die Lebenssituation alter Menschen mit lebenslangen Behinderungen in Nordrhein-Westfalen“,  
• Bundesteilhabegesetz.

In den Sondersitzungen wurde zum einen die Studie „Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Hörschädigung“ vorgestellt sowie zum anderen zum Entwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion eine Anhörung durchgeführt.


Über das im Jahr 2016 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ wurde zudem eine klarstellende Regelung in der Gemeindeordnung eingeführt, die Gemeinden ermuntern soll, von dieser Möglichkeit der Einbindung von Menschen mit Behinderungen in den kommunalen Willensbildungsprozess Gebrauch zu machen (vgl. dazu Kapitel 3.2.1).


das neben der medizinischen Forschung und Versorgung auch die Ressourcen der Betroffenen nutzte und ihre aktive Beteiligung sicherstellte.

Im Politikbereich Alter wurde ein Ausbau der Kommunikation und Zusammenarbeit an der Schnittstelle der Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung und der Selbstorganisation alter Menschen und ihrer Vertretung (Landesseniorenvertretung NRW) erreicht.

2.3 Kontinuierliche Arbeit an einer neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns (Kapitel I, S. 39 - 42)

Das Bewusstsein für die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten eines inklusiven gesamtgesellschaftlichen Konzepts kann in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft nicht vorausgesetzt werden. Mit Blick auf Artikel 8 der UN-BRK sind daher wirksame und geeignete Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung zu ergreifen. In diesem Kontext hat die Landesregierung bereits vielfältige Aktivitäten durchgeführt.


- Arbeit und Qualifizierung
- Schule und außerschulische Bildung und Erziehung
- Freizeit, Kultur und Sport
- Partizipation.
Durch die Auslobung des Inklusionspreises in verschiedenen Kategorien wird nicht zuletzt die große Bandbreite deutlich, in der Inklusion nicht nur möglich, sondern in Nordrhein-Westfalen auch bereits gelebt wird.


Die mit der praktischen Umsetzung des Aktionsplans verbundenen Initiativen, Projekte und Maßnahmen des Aktionsplans sind unter dem Label „Landesinitiative nrw inklusiv“ zusammengefasst worden:


Außerdem sind alle Projekte, die seitens des MAIS auf den Weg gebracht oder gefördert worden sind oder werden mittlerweile verpflichtet, dieses Label an deutlich erkennbarer Stelle im Rahmen der Projektarbeit sichtbar zu machen.

Gleiches gilt für Fachtagungen, Workshops oder andere Veranstaltungen, die seitens des MAIS oder im Auftrag durchgeführt werden.

2.4 Projekte zur Verbesserung von Lebenslagen und Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen

Im Bereich der Projekte und Maßnahmen, die sich unmittelbar mit der Weiterentwick­ lung der gesellschaftlichen Teilhabe und damit der konkreten Verbesserung der Lebensqualität in besonderen Lebenssituationen und Lebenslagen beschäftigen, ist neben den Aktivitäten in den bereits beschriebene Schwerpunktbereichen des Akti­ onsplans ergänzend insbesondere noch auf folgende Punkte hinzuzuweisen:
• Differenzierte Initiativen und Programme, die die Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt und den Ausbau von Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) fördern und, wo Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt (noch) nicht möglich ist, auch qualitativ gute Beschäftigung in WfbM unterstützen, mit dem Ziel, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu verwirklichen.


• Neubau und Ertüchtigung bestehender Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot für Menschen mit Behinderungen an integrierten Standorten („Konversion“ von ehemaligen Anstalten).

• Die Vermeidung von Barrieren beim Neubau von Wohnungen und Abbau bestehender Barrieren im Wohnungsbestand sowie bei der Verbesserung der Zugänglichkeit zum ÖPNV etwa durch entsprechende Förderprogramme.

• Die Stärkung der Agentur Barrierefrei NRW über das Inklusionsstärkungsgesetz und der weitere Ausbau einer Internet-Datenbank zur Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude in NRW (www.informierbar.de).

• Diverse Maßnahmenpakete zur Verbesserung der Kommunikation von Menschen mit Sinnesbehinderungen, dazu gehören z.B. die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten behinderter Eltern in Kindertageseinrichtungen und bei schulischen Belangen durch das Inklusionsstärkungsgesetz, die Qualifizierung von Gebärdensprachdozentinnen/-dozenten und Schriftdolmetscherinnen/-dolmetschern, der Aufbau von Studiengängen zum Gebärdensprachdolmetschen an der Universität zu Köln und die Fortführung der Qualifizierung von Taubblindenassistentinnen und -assistenten.

Vorlage eines ersten Altenberichts, der sich im Rahmen eines eigenen vertiefenden Schwerpunktthemas mit den Lebenswelten und Lebensperspektiven älterer und hochaltriger Menschen mit Behinderung, die pflegebedürftig oder von Pflegebedürftigkeit bedroht sind, befasst.


Einbeziehung der besonderen Belange von Frauen und Mädchen in die Politik für Menschen mit Behinderungen, insbesondere durch die langjährige Förderung des NetzwerkBüros, der Geschäftsstelle des Netzwerks Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW.

Verbesserung der Prävention von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen, etwa durch die Landesinitiative „Starke Seelen, starke Netze“.

Unterstützung einer alters- und behinderungsgerechten, inklusiv wirkenden Quartiersentwicklung über den Masterplan altengerechte Quartiere NRW.

Entschließung der Landesgesundheitskonferenz 2013 „Von der Integration zur Inklusion: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen verbessern“. Anknüpfend an ein erstes Monitoring aus dem Jahr 2015 werden derzeit weit über 100 Maßnahmen durch die Akteurinnen und Akteure des Gesundheitswesens umgesetzt.

Verbesserung der Lebens- und Behandlungssituation von Menschen mit Contergan-Schädigungen z.B. über die Durchführung einer wissenschaftlichen Studie sowie einem Peer-to-Peer-Projekt und die geplante Einrichtung eines Kompetenz- und Behandlungszentrums.


3 Landesinitiative NRW inklusiv - Abgleich zum Stand der Förderung und Umsetzung aller Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen (Kapitel IV, S. 59 - 219)

3.1 Selbstständigkeit und selbstbestimmte Lebensführung (Kapitel IV.2, S. 78 - 85)

3.1.1 Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben (Kapitel IV.2.1, S. 79 - 80)

Ziel: Bewusstseinsentwicklung für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Politik und Gesellschaft voranbringen

Konkrete Maßnahme: Einrichtung von „Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben von und für Menschen mit Behinderungen“

Federführung: MAIS

Sachstand: Mit Blick auf die Notwendigkeit, das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen weiter zu befördern, wurde im Jahr 2016 vom MAIS in allen fünf Regierungsbezirken des Landes jeweils ein Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) aufgebaut.


3.1.2 **Das Persönliche Budget (Kapitel IV.2.2 S. 81 - 83)**

**Ziel:** Stärkung des Persönlichen Budgets

**Konkrete Maßnahme:** Mehrere Maßnahmen in der laufenden Legislaturperiode

**Federführung:** MAIS


3.1.3 **Rechts- und Handlungsfähigkeit und Betreuungsrecht (Kapitel IV.2.3, S. 84 - 85)**

**Ziel:** Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung und Steigerung der Zahl der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer

**Konkrete Maßnahme I:** Unterstützung der Einrichtung einer überörtlichen Arbeitsgemeinschaft im Betreuungswesen (üAG)

**Federführung:** MAIS


Das MAIS gibt der üAG regelmäßig Gelegenheit, zu den auf Landesebene zu diskutierenden betreuungsrechtlichen Fragestellungen ihre Expertise abzugeben.
Konkrete Maßnahme II: Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen

Federführung: JM


Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat zwei empirische Forschungsvorhaben aufgelegt: eines zum Thema „Qualität in der rechtlichen Betreuung“, in dem auch zur Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer Stellung genommen werden soll, ein weiteres zur „Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte andere Hilfen“. In den jeweils begleitenden Beiräten ist Nordrhein-Westfalen durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) und das Justizministerium (JM) vertreten. Die Gutachten sollen zur Jahresmitte 2017 vorliegen. Im Anschluss ist eine rechtspolitische Diskussion zu dem sich ggf. aus den Erkenntnissen ergebenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu erwarten. Ein Zwischenbericht im For-
schungsvorhaben zur „Qualität in der rechtlichen Betreuung“ zum Zeitbudget und zur Einkommensentwicklung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer wurde am 2. Februar 2017 vorgestellt und auf der Internetseite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht.

3.2 Interessenvertretung und Teilhabe (Kapitel IV.3, S. 86)

3.2.1 Politische Teilhabe in den Kommunen (Kapitel IV.3.1, S. 87)

Ziel: Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben in den Kommunen

Konkrete Maßnahme I: Forschung- und Qualifizierungsprojekt der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V.

Federführung: MAIS


Im Projektzusammenhang wurde deutlich, dass in 53 % der Kommunen in NRW keine Interessenvertretung (keine Beiräte, keine beauftragte Einzelperson, kein Zusammenschluss der Selbsthilfe) vorhanden ist. In den restlichen 47 % sind teilweise nur bedingt Ansätze und Strukturen für die eigenständige Entwicklung einer wirksamen Interessenvertretung vorhanden.

Anknüpfend an die Ergebnisse der ersten Projektphase soll durch Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung auf kommunaler Ebene die Bereitschaft geweckt werden, Verbesserungen im Hinblick auf die partizipativen Vorgaben der UN-BRK vorzunehmen.

Unter dem Titel „Mehr Partizipation wagen!“ fördert das MAIS daher im Zeitraum von Mai 2016 bis April 2019 ein von der LAG Selbsthilfe durchgeführtes Qualifizierungsprojekt (Gesamtförderung: 510.000 €).

Das Projekt möchte auf Grundlage von in der Projektphase 1 entwickelten Empfehlungen die kommunalen Akteurinnen und Akteure dabei unterstützen:
1. Dort, wo noch keine Form der Interessenvertretung vorhanden ist, partizipative Strukturen von Menschen mit Behinderungen und/ oder chronischen Erkrankungen zu entwickeln.

2. Dort, wo bereits Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen vorhanden sind, diese daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie den Anforderungen der UN-BRK bereits gerecht werden oder inwieweit sie weiterzuentwickeln sind.

Das novellierte Behindertengleichstellungsgesetz NRW (Artikel 2 ISG NRW) enthält in § 13 Abs. 2 die Regelung, dass „die Landesregierung unter Beteiligung des Inklusionsbeirats Empfehlungen und Mustersatzungen zur Unterstützung der Kommunen bei der Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen (erarbeitet)“. Auf dieser Grundlage sollen die Verantwortlichen in den Kreisen, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten dabei unterstützt werden, ihrer Verpflichtung aus § 13 Abs. 1 Satz 2 BGG NRW nachzukommen, die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen per Satzung zu regeln. Auch in der Gemeindeordnung NRW wird mittlerweile auf die Möglichkeit der Gemeinden hingewiesen, zur Wahrnehmung der spezifischen Interessen, Menschen mit Behinderung oder besondere Vertretungen bilden oder Beauftragte bestellen zu können (vgl. § 27a GO NRW).


Konkrete Maßnahme II: Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Federführung: MIK


Die klarstellende Regelung in der Gemeindeordnung soll die Gemeinden ermuntern, von dieser Möglichkeit der Einbindung gesellschaftlicher Gruppen in den kommunalen Selbstverwaltungsvorgang Gebrauch zu machen.

3.2.2 Zusammenarbeit kommunaler Behinderten- und Seniorenvertretungen (Kapitel IV.3.2, S. 88)

Ziel: Zusammenarbeit kommunaler Behinderten- und Seniorenvertretungen stärken

Konkret: Maßnahme: Bestandsaufnahme zur Zusammenarbeit; Aufgreifen der Thematik innerhalb der Landesseniorenvertretung NRW (LSV)

Federführung: MGEPA, MAIS

Sachstand:

- Erarbeitung und Verabschiedung einer Empfehlung zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene durch die Mitgliederversammlung 2013 der Landesseniorenvertretung,
- Kommunizierung der UN-BRK auf der Homepage der LSV NRW und im Forum der Seniorenarbeit NRW „Nun Reden Wir“, 
- Kommunizierung bei den kommunalen Seniorenvertretungen bei Qualifizierungsangeboten der LSV NRW und über Vorträge,
- Aufbau der Zusammenarbeit von LSV NRW mit der LAG Selbsthilfe NRW, unter anderem über den Austausch sowie die Abstimmung von Positionen und Stellungnahmen,
- Kommunizierung der Empfehlung zur Umsetzung der UN-BRK bei allen Akteurinnen und Akteuren der Seniorenarbeit und den Ressorts der Landesregierung NRW. Hier insbesondere die Kommunizierung des hohen Anteils älterer Menschen an der Gruppe der Menschen mit Behinderungen,
- Im Rahmen eines vom MAIS geförderten und von der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW durchgeführten Projekts zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene werden auch Fragen
der Zusammenarbeit verschiedener örtlicher Interessenvertretungen erörtert (siehe dazu 3.2.1),

- Mitwirkung der LSV in den Fachbeiräten „Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Wohnen“ (MAIS) und „Partizipation“ bei der LBB,
- Einsatz der LSV NRW für den barrierefreien Zugang sowie die Verbesserungen an Geldautomaten für geh- und sehbehinderte Menschen,
- Einsatz der LSV NRW zur qualitätsvollen Umsetzung der Barrierefreiheit und -armut bei der Stellungnahme zur neuen Landesbauordnung.

3.2.3 Gesellschaftliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen
(Kapitel IV.3.3, S. 89 - 90)

Ziel: Verbesserung (a) der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, (b) der Quote ihrer Beteiligung in kommunalen Kinder- und Jugendgremien

Konkrete Maßnahme:

1. Empfehlung an die kommunalen Jugendämter, bei Beteiligungsverfahren explizit um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu werben
2. „UN-BRK und die Rolle der kommunalen Kinder- und Jugendgremien“ ist Schwerpunktthema bei den landesweiten Treffen der Kinder- und Jugendgremien in Herne

Federführung: MFKJKS

Sachstand:


Sie übt ihren Beratungs- und Unterstützungsauftrag auch im Sinne des hier formulierten Ziels aus und adressiert dabei die kommunale öffentliche Jugendhilfe, z.B. im Rahmen der Tagungen der Jugendpflegerinnen und -pfleger/Kommissionen Jugendförderung.


3.3 Zugänglichkeit und Barrierefreiheit (Kapitel IV.4, Seite 91 - 105)


Anhand der Gutachten kann nunmehr festgelegt werden, unter welchen Voraussetzungen E-Scooter sicher in Bussen befördert werden können.

Nach erfolgter Verbändeanhörung hat das MBWSV mit Datum vom 15. März 2017 einen Erlass in Kraft gesetzt, welcher die genauen Anforderungen an die E-Scooter, die Linienbusse des ÖPNV sowie die Voraussetzungen für die Nutzerinnen und Nutzer der E-Scooter erläutert. Beispielsweise darf der E-Scooter eine Länge von 1.200 mm nicht überschreiten und muss über vier Räder, der Linienbus muss über einen normgerechten Rollstuhlplatz verfügen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen besteht nunmehr eine Beförderungspflicht von E-Scootern mit aufsitzender Person in
den Linienbussen des ÖPNV. Der Erlass wurde sowohl mit den 15 anderen Ländern als auch mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur abgestimmt, so dass nunmehr eine bundeseinheitliche Lösung gefunden werden konnte.

3.3.1 **Aufbau einer Informationsplattform über die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden in Verbindung mit Bestandserhebung durch qualifizierte Freiwillige, das „Signet Barrierefrei NRW“, und „Agentur Barrierefrei NRW“ (Kapitel IV.4.1, IV.4.2, IV.4.3 und IV.4.5, S. 92 - 97).**

**Ziele:** Verbesserung der Informationen über die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen; Qualitätssicherung der Bestandserhebung durch qualifizierte Freiwillige; Weiterentwicklung des „Signets Barrierefrei NRW“; Weiterentwicklung der „Agentur Barrierefrei NRW“

**Konkrete Maßnahme:** Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Information über Zugänglichkeit und Barrierefreiheit in Nordrhein-Westfalen

**Federführung:** MAIS


Insofern hat der bisherige eher allgemeine Beratungsauftrag der Agentur Barrierefrei NRW eine Erweiterung und Konkretisierung erfahren.


Derzeit ist die Agentur Barrierefrei NRW überdies an der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Technischen Baubestimmungen zur Barrierefreiheit in Umsetzung der Novelle der Landesbauordnung (BauO NRW) beteiligt. In den letzten beiden Jahren
war die Agentur zudem intensiv in den Prozess der Erarbeitung einer aus Teilhabe- und Sicherheitsgesichtspunkten praktikablen Lösung zur Mitnahme von sogenannten „E-Scootern“ einbezogen („Runder-Tisch-E-Scooter“).


Für den Bereich der „Leichten Sprache“ soll die Arbeit der Agentur dabei zukünftig auf die folgenden Bereiche fokussiert werden:

- Erstberatung (etwa Beratungen öffentlicher Einrichtungen in NRW, Bereitstellung von Info-Material und Checklisten, Vorträge und Informationsveranstaltungen),
- Materialentwicklung (z.B. Erarbeitung von Materialien in Leichter Sprache, Aufbau einer Datenbank mit Beispielen guter Praxis, Leichte Sprache und barrierefreies Internet),
- Konzeptentwicklung (z.B. zu den Themen „Leichte Sprache sprechen/dolmetschen“, „Leichte Sprache in Verwaltungsakten“, „Leichte Sprache und politische Partizipation“),
- Kooperation und Innovation (Ausbau der Kooperationen in NRW, bundesweit und international, Auseinandersetzung mit Fragen der technischen Unterstützung für Leichte Sprache, Beteiligung an Modellprojekten).


öffentlichen Gebäuden unterstützen in diesem Zusammenhang Planerinnen und Planer sowie Beraterinnen und Berater mit praktischen Lösungsbeispielen. Die Agentur Barrierefrei NRW wird derzeit jährlich mit rund 500.000 € gefördert.


3.3.2 Zugänglichkeit im grenzüberschreitenden Kontext (Kapitel IV.4.4, S. 95 - 96)


Konkrete Maßnahme: Erhebungen verlässlicher Daten und Informationen über die Zugänglichkeit von Gebäuden und Einrichtungen in den Partnerregionen

Federführung: MAIS


Um die im Rahmen der Initiative vorgesehenen Erhebungen verlässlicher Daten und Informationen über die Zugänglichkeit von Gebäuden und Einrichtungen in den Partnerregionen auf einer einheitlichen Grundlage vorzunehmen, sind unter Leitung von NRW (Agentur Barrierefrei NRW) von einer euregional besetzten Expertengruppe ca. 100 gemeinsame Erhebungsmerkmale identifiziert und festgelegt worden. Das für die
Zusammenarbeit der Partnerregionen grundsätzlich verantwortliche Steuerungsgremium - die High Level Group Inclusion - hat diese Erhebungsmerkmale befürwortet und einvernehmlich verabschiedet.


3.3.3 Barrierefreier Wohnraum (Kapitel IV.4.6, S. 98 - 99)

Ziel: Barrierefreien Wohnraum schaffen

Konkrete Maßnahme I: Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bauaufsichtsbehörden und Baukammern zur Barrierefreiheit fortsetzen

Federführung: MBWSV

Sachstand: Dienstbesprechungen enthalten weiterhin das Schwerpunktthema „Barrierefreiheit“. Ergänzende gemeinsame Schulungen mit den Baukammern sind geplant.

Konkrete Maßnahme II: Förderung barrierefreien Wohnraums im sozialen Wohnungsbau fortsetzen

Federführung: MBWSV


3.3.4 Kooperation mit Angeboten der Wohnberatung (Kapitel IV.4.7, S. 99)

Ziel: Erfahrungen der LAG Wohnberatung bei der Herstellung von Zugänglichkeit und Barrierefreiheit nutzen

Konkrete Maßnahme: Die Erfahrungen der in der LAG Wohnberatung zusammengefassten Wohnberatungsstellen werden kontinuierlich in die Beratung über die Herstellung von Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Wohnungsbestand einbezogen. Die langjährige Erfahrung der LAG Wohnberatung fließt auch in die 36
Koordination Wohnberatung NRW ein, die in Dortmund ihren Sitz hat. Von dort wird die Wohnberatung weiterentwickelt und die Vernetzung der Wohnberatungsstellen unterstützt.

Federführung: MGEPA, MBWSV, MAIS


Die nach § 45c SGB XI geförderten Wohnberatungsstellen sind durch das Dialog- und Transferzentrum Demenz der Universität Witten/Herdecke evaluiert worden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in den weiteren Entwicklungsprozess der Wohnberatung einbezogen.

3.3.5 Zugänglichkeit von Gebäuden der Landesregierung (Kapitel IV.4.8, S. 100)

Ziel I: Weiterentwicklung von Zugänglichkeit und Herstellung von Barrierefreiheit

Konkrete Maßnahme: Fortlaufende Überprüfung und Weiterentwicklung der von der Landesregierung genutzten Gebäude im Hinblick auf die Anforderungen zur Barrierefreiheit

Federführung: Alle Ressorts


Innerhalb des Dienstgebäudes des MAIS sind folgende Maßnahmen realisiert worden:

- Drei barrierefreie Aufzüge sind aktuell vorhanden, die über eine taktile Struktur der Bedienfelder und Sprachdurchsage verfügen. Die Zugänge zu den Etagen erfolgt über Automatiktüren. Der vierte Aufzugsstrang wird zurzeit barrierefrei ertüchtigt.
• Zudem sind drei Toiletten für Menschen mit Behinderungen (Gebäudeteil C, Parterre, Gebäudeteil D, 3. Obergeschoss und im Bauteil F, Parterre) vorhanden.

• Im Rahmen der Neugestaltung des Konferenzzentrums wurde eine Induktionsschleife für Menschen mit einer Hörbehinderung eingebaut. Darüber hinaus sind mobile Induktionsschleifen für Veranstaltungen vorhanden.

• Beschaffung von speziellen Sitzmöbeln in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für behinderte Menschen im Beruf und der Betriebsärztin/dem Betriebsarzt

• Beschaffung von elektrisch-höhenverstellbaren Schreibtischen und Stehpulten

• Beschaffung von spezieller technischer Ausstattung für sehbehinderte und blinde Kolleginnen und Kollegen

• Das Dienstgebäude Fürstenwall 25 wurde mit Kontraststreifen versehen.

• Vor dem Gebäude und in den Eingangsbereichen wurden taktile Bodenindikatoren (Leitlinien und Aufmerksamkeitsfelder – Oberflächensensibilität) installiert.

• Visuell kontrastierende Gestaltung der Eingangsbereiche (z.B. helles Türelement/dunkle Umgebungsfächen)

• Glasflächen wurden mit Sicherheitsmarkierungen versehen.

• Induktionsschleife in der Pforte zur barrierefreien Kommunikation

• Die Brandmeldeanlage wird im Rahmen der Erneuerung der technischen Infrastruktur zum Teil durch die Installation von Blitzleuchten für hörbehinderte Menschen ergänzt.

• An allen Treppenauf- und -abgängen wurden Aufmerksamkeitsfelder und kontrastreiche Markierungen angebracht.

• Evac-Chairs für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer im Brandfall sind verfügbar.

Folgende Maßnahmen sind geplant:

• Installieren eines für blinde und sehbehinderte Menschen lesbaren Orientierungsplans/Übersichtsplans des Gebäudes

• Anpassen der Beschilderung (Hinweis- und Raumbeschilderung zusätzlich in tastbarer Ausführung anbringen)

• Installieren eines Blindenleitsystems – hier soll ein besonderes Augenmerk auf die Fluchtwegen gelegt werden
• Der Bürgersteig soll nach Instandsetzung ebenfalls mit taktilen Aufmerksamkeitsflächen versehen werden.


Das FM teilt mit, dass das Thema Barrierefreiheit im Rahmen der Verbesserung der einzelnen Gebäude im Portfolio der Finanzverwaltung einen hohen Stellenwert hat. In jedem Jahr werden diverse Umbau- und Sanierungsmaßnahmen von Finanzamtsgebäuden und anderen Gebäuden der Finanzverwaltung durchgeführt. Alle
behebbaren Mängel sollen möglichst kurzfristig im Rahmen der verfügbaren finanziellen Ressourcen beseitigt werden. Im Zuge solcher Baumaßnahmen werden Barrieren beseitigt, soweit dies im Bestand auch baulich realisierbar ist. Die in letzter Zeit neu errichteten Finanzamtsgebäude sind alle barrierefrei erschlossen. Die Umsetzung der Barrierefreiheit wird auch zukünftig ein vorrangiges Ziel bei der Weiterentwicklung der Qualität der Liegenschaften sein.


Der derzeitige Hauptsitz des Ministeriums befindet sich in der Schwannstraße 3 in Düsseldorf. Der Zugang zum Dienstgebäude ist sowohl im Bauteil A als auch im Bauteil C ebenerdig und verfügt über einen Zugang zu Aufzugsanlagen.


Die am Standort Roßstraße vorhandenen Aufzüge aus den 1950er Jahren verfügen über einen schmalen Zugang. Daher wird für Menschen, die auf die Benutzung eines Rollstuhls angewiesen sind, ein spezieller faltbarer Rollstuhl bereitgestellt, dessen Maße die Nutzung der Fahrstühle gewährleisten.

Des Weiteren wurden die Aufzüge mit bodentiefen Spiegeln nachgerüstet, um im Falle der Rollstuhlnutzung die Orientierung beim Ein- und Aussteigen zu gewährleisten.


Alle Gebäude der vom MKULNV angemieteten Liegenschaften verfügen über Toiletten für Menschen mit Behinderungen.


Folgende Maßnahmen sind im MWEIMH bereits realisiert:

- Einrichtung eines barrierefreien Zugangs zum Dienstgebäude,
- Ausstattung aller Aufzüge mit Sprachansage, Erhöhung der LUX-Werte für eine hervorragende Ausleuchtung der Aufzugskabinen und zusätzlicher Tastatur in niedriger Höhe mit großer Zahlenanzeige,
- eine behindertengerechte Toilette im Zwischengeschoss,
- zur Optimierung der Barrierefreiheit wurden im Zuge der Erneuerung der Gebäudetechnik die Glasflächen mit Sicherheitsmarkierungen versehen,
- die Stufen in den Treppenhäusern Ost und West sind jeweils mit farbigen, rutschfesten Klebestreifen versehen,
- auf dem Parkplatz des MWEIMH stehen drei Behindertenparkplätze für die Beschäftigten und zwei für Besucher zur Verfügung,
- barrierefreier Zugang zu allen Etagen, Büros, Besprechungsräumen, WC-Anlagen sowie zum Pausen-/Snackbereich im Zwischengeschoss,
- Verfügbarkeit von Evakuierungsstühlen zur Evakuierung von Menschen mit Gehbehinderung im Falle eines Brandes,
- Verfügbarkeit eines „eigenen“ Evakuierungsstuhls unmittelbar im Büro der Beschäftigten mit Gehbehinderung,
- Ausstattung eines jeden Arbeitsplatzes mit elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen,
- Schaffung einer optimalen Lichtquelle in jedem Büro,
- Blendschutz in Form von zum Teil blickdichten Jalousien für Menschen mit Sehbehinderungen.
Die Umsetzung weiterer – eventuell noch nicht bedachter – Optimierungsmöglichkeiten im Bereich der Barrierefreiheit stellt einen laufenden Prozess im Dienstgebäude des MWEIMH dar.

**Ziel II:** Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten

**Konkrete Maßnahme I:** Schaffung von barrierefreien Wegen und Eingängen zu den Gerichtsgebäuden sowie Einbau behindertengerechter Personenaufzüge und Sanitäranlagen

**Federführung:** JM

**Sachstand:** In den vergangenen Haushaltsjahren wurden bei Kapitel 04 020 Titel 711 00 vorrangig Mittel für barrierefreies Bauen zur Verfügung gestellt. Diese wurden verwendet, um sukzessive barrierefreie Wege und Eingänge zu den Bestandsgebäuden der Justiz zu errichten, Personenaufzüge oder Treppenlifte einzurichten und behindertengerechte Sanitäranlagen einzubauen. Zudem wurden bei allen Neubau­maßnahmen die Vorschriften über behindertengerechtes Bauen schon in der Planungsphase beachtet. Diese Vorgehensweise wird auch weiterhin verfolgt.

**Konkrete Maßnahme II:** Schaffung behindertengerechter Hafträume im Strafvollzug

**Federführung:** JM


**3.3.6 Barrierefreie Öffentlichkeitsarbeit (neu)**

**Ziel:** Onlinekommunikation, Veröffentlichungen und Veranstaltungen barrierefrei gestalten
**Konkrete Maßnahme:** Überarbeitung der Internetseiten, barrierefreie Gestaltung von Flyern und PDF-Dokumenten, Checkliste zur Durchführung barrierefreier Veranstaltungen

**Sachstand:** Die Frage, wie Medien und Veranstaltungen barrierefrei angeboten werden können, spielt in der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien seit jeher eine Rolle.

Beispielhaft sei hier die Öffentlichkeitsarbeit des MAIS genannt, diese steht im Wesentlichen auf drei Säulen: Onlinekommunikation, Veröffentlichungen und Veranstaltungen. In allen drei Bereichen sind neue oder erweiterte Angebote geplant, die sich speziell an Menschen mit Behinderungen richten.

**Onlinekommunikation:**

- In von der Staatskanzlei initiierten Tests der Seite auf Barrierefreiheit wurde stets annähernd die höchste Punktzahl erreicht.
- Diejenigen Internetseiten des Ministeriums, die auf absehbare Zeit für sich allein stehen werden (zum Beispiel www.weltklasse-aus-nrw.de) sollen in Hinblick auf Barrierefreiheit zeitnah überprüft und bei Bedarf „nachgerüstet“ werden.

**Veröffentlichungen:**

- Printmedien haben für die Zielgruppen des MAIS nach wie vor einen hohen Stellenwert. Daneben hat sich etabliert, die Flyer und Broschüren immer auch als PDF-Download im Internet anzubieten. Diese Dateien genügen seit 2016
im Regelfall grundsätzlich den Anforderungen an barrierefreie PDF-Dateien. Sie alle müssen den Test mit dem „PDF Accessibility Checker“ (PAC) bestehen.

- In einem Pilotprojekt wird derzeit erprobt, wie Veröffentlichungen des MAIS für eine Darstellung auf Smartphones optimiert werden können (dort finden umfangreiche PDF-Dateien ihre Grenzen). Vorreiter ist die Broschüre „Ankommen in Nordrhein-Westfalen“, die sich an geflüchtete Menschen richtet und in zahlreiche Fremdsprachen übersetzt wurde. Wenn sich bewahrheitet, dass dieses neue Angebot auch den Kriterien der Barrierefreiheit standhält, könnte sich daraus eine Alternative zur barrierefreien PDF entwickeln.


Veranstaltungen:

- Bei allen Veranstaltungen, die über das Kommunikationsreferat des MAIS organisiert werden, läuft eine Abfrage, ob die Gäste besondere Unterstützung benötigen. Im Formular der Online-Anmeldung kann angekreuzt werden, ob Gebärdensprachdolmetschung, Schriftdolmetschung, Induktionsschleife, Rollstuhlplatz oder sonstige Angebote benötigt werden.


3.3.7 **Mobilität und Zugänglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel (Kapitel IV.4.9, S. 101)**

**Ziel:** Sicherung der individuellen Mobilität

**Konkrete Maßnahme:** Erstattung der Fahrkosten für Menschen mit Behinderungen an die Verkehrsunternehmen in Nordrhein-Westfalen

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Das Land erstattet den Verkehrsunternehmen in NRW jährlich die Ein­nahmeausfälle, die durch die kostenlose Benutzung von Bussen und Bahnen durch bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen anfallen. In 2015 wurden Fahrgeldausfälle in Höhe von ca. 74.200.000 € erstattet. Die Ist-Ausgaben 2016 liegen vor und betragen rd. 79,1 Mio. €.

---

3.3.8 **Infrastrukturverbesserung des ÖPNV (Kapitel IV.4.10, S. 101 - 104)**

**Ziel I:** Durch Investitionen i. H. v. insgesamt rd. 1,1 Mrd. € soll bis 2020 ein Großteil der Verkehrsstationen und Bahnhöfe in NRW barrierefrei zugänglich werden.

**Konkrete Maßnahmen:**

1. - Modernisierungsoffensive kleiner und mittlerer Bahnhöfe.
   - ZIP Programm des Bundes

2. - Rahmenvereinbarung zum Schienenpersonennahverkehr

**Federführung:** MBWSV

**Zu 1:** Die im Jahr 2008 auf den Weg gebrachte Bahnhofsmodernisierungsoffensive 2 (MOF 2) zur Modernisierung von kleinen und mittleren Bahnhöfen befindet sich weiterhin in der Umsetzung. Das Maßnahmenpaket konnte von ursprünglich 108 auf heute insgesamt 117 Vorhaben erhöht werden. Der Gesamtwertumfang beläuft sich auf 415 Mio. €. Die Umsetzung der MOF 2 wird durch einen Lenkungskreis begleitet, an dem das MBWSV teilnimmt.

In der Zwischenzeit hat es eine Erweiterung der Bahnhofsmodernisierungsoffensive gegeben. Die Modernisierungsoffensive 3 (MOF 3) der Zweckverbände umfasst weitere 35 Bahnhöfe, die bis 2023 modernisiert werden sollen. Gleichzeitig mit der MOF 3 der Zweckverbände werden seitens des Landes die sog. RRX-Außenaststationen vorangetrieben. Hierzu haben die Deutsche Bahn, die Zweckverbände und das Land

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms 2016 – 2018 (ZIP) hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur das Programm „Barrierefreiheit kleinerer Verkehrsstationen“ in einem Umfang von 80 Mio. € aufgelegt. Das vom Bund initiierte Programm ist nur für Verkehrsstationen mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern (täglich) zugängig. Da der Begriff der Barrierefreiheit ein sehr weites Spektrum umfasst, wurden zudem prioritär folgende drei Kriterien als Auswahlmaßstab festgesetzt:

- barrierefreie Wegeleitung und Kundeninformationsanlagen,
- stufenfreier Bahnsteigzugang,
- optimierte Bahnsteighöhe.

Besondere Berücksichtigung sollen zudem Einrichtungen im Einzugsgebiet der jeweiligen Verkehrsstation finden, die einen Bedarfsschwerpunkt für Personen mit Mobilitätseinschränkungen haben, wie z.B. ein Seniorenheim oder eine Werkstatt für behinderte Menschen.


Im Rahmen des Streckenausbaus Köln-Au(Sieg) für die S 12 wurden bereits in der Vergangenheit, neben vielen anderen Maßnahmen, insgesamt 14 Verkehrsstationen barrierefrei umgebaut und 3 weitere Stationen unter barrierefreien Gesichtspunkten neu erbaut.

Geplant sind im Zuge des 3- bzw. 4-gleisigen Ausbaus der Bahnstrecke Troisdorf – Bonn-Oberkassel der Umbau von 4 bestehenden und der Neubau von weiteren 2 barrierefreien Stationen.

Auch entlang der S 11 im Abschnitt zwischen Köln und Bergisch Gladbach sind verschiedene Maßnahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant.


Ziel II: Weitgehende Erhaltung des flächendeckenden ÖPNV-Angebotes trotz des demographischen Wandels bis 2025

Konkrete Maßnahmen:

1. Ausbau bedarfsorientierter Verkehre
2. Förderung von Bürgerbussen
3. Berücksichtigung bedarfsorientierter Verkehre

Federführung: MBWSV


3.3.9 Barrierefreiheit im Straßenraum (Kapitel IV.4.11, S. 104 - 105)

Ziel: Schaffung barrierefreier Infrastruktur im Straßenbereich

Konkrete Maßnahme: Verbindliche Einführung der Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen (H BVA) und des Leitfadens zur Barrierefreiheit im Straßenraum für Bundes- und Landesstraßen

Federeführung: MBWSV

Sachstand: Aufgrund fehlender Personalressourcen ist eine Umsetzung noch nicht erfolgt.

3.3.10 Ergänzende Serviceketten (Kapitel IV.4.12, S. 105)

Ziel: Qualifizierte und verlässlich geprüfte Reiseangebote für Nordrhein-Westfalen zu erfassen und darzustellen

Konkrete Maßnahme: Implementierung eines Systems zur Entwicklung, Zertifizierung und Erfassung barrierefreier Reiseangebote in NRW. Projektschwerpunkte: die Anknüpfung an das bundeseinheitliche Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“, die Erarbeitung eines Leitfadens für Praktikerinnen und Praktiker, die Erstellung einer Datenbank, die barrierefreie Angebote vorhält, die Erstellung eines barrierefreien Internetzugangs, die Zertifizierung der Anbieterinnen und Anbieter und die Sensibilisierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Federeführung: MWEIMH

Sachstand: Das Projekt wurde von November 2013 bis Oktober 2015 von Tourismus NRW e.V. durchgeführt (Fördersumme 250.000 €).


### 3.4 Wohnen und unabhängige Lebensführung (Kapitel IV.5, S. 106 - 112)

#### 3.4.1 Wohnraumförderung (Kapitel IV.5.1, S. 106 - 108)

**Ziel:** Kontinuierliche Erweiterung und Verbesserung des Angebots an Wohnraum, der für Menschen mit Behinderungen geeignet und bezahlbar ist

**Konkrete Maßnahme:** Fortsetzung der kontinuierlichen Wohnraumförderung (Neuschaffung barrierefreier Mietwohnungen, behindertengerechte Nachrüstung vorhandenen Wohnraums, Bau gemeinschaftlicher Wohnformen, Anpassung bestehender Einrichtungen, Verbesserung des Angebots an Wohnraum)

**Federführung:** MBWSV

**Sachstand:** Jährliche Mittelbereitstellung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung. Das mehrjährige Wohnraumförderungsprogramm 2014 bis 2017 ist für die Förderjahre 2016 und 2017 mit einem erhöhten Programmvolumen von 1,1 Mrd. €


Aufgrund der konsequenten Orientierung des geförderten Wohnungsbau an den Grundsätzen der Barrierefreiheit erfolgt keine Budgetierung für Inklusionsprojekte innerhalb des Programmansatzes der sozialen Wohnraumförderung.


3.4.2 Stärkung des selbständigen und selbstbestimmten Wohnens
(Kapitel IV.5.2, S. 109 - 112)

Ziel: Weiterentwicklung des wohnbezogenen Unterstützungssystems für Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-BRK

Konkrete Maßnahme: Weitere Moderation und Begleitung des landesweiten Reformprozesses im Bereich des selbständigen Wohnens sowie gesetzliche Absicherung des eingeschlagenen Wegs der Modernisierung der Wohnhilfen für Menschen mit Behinderungen

Federführung: MAIS

Sachstand: Das zur Verstetigung des Reformprozesses vom Landtag am 8. Juni 2016 im Rahmen des Inklusionsstärkungsgesetzes verabschiedete NRW-Ausführungsgesetz zum SGB XII (Eingliederungshilfe) setzt einen Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung um und hat im Kern folgende Ziele:

- die unbefristete Bündelung der Zuständigkeiten der beiden Landschaftsverbände für Eingliederungshilfeleistungen im Bereich des Wohnens und Verankerung im Gesetz,
- den Abbau von Schnittstellen zwischen örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe zur Stärkung des Prinzips „Hilfe aus einer Hand“ und zur Vermeidung von Doppelprüfungen,
die sprachliche Modernisierung und Anpassung der Begrifflichkeiten an die UN-BRK,

die Schaffung von verbindlicheren Regelungen für die Zusammenarbeit der örtlichen und überörtlichen Ebene,

die Anpassung des Aufgabenkatalogs der vom MAIS geleiteten Fachkommission an die Regelungsinhalte der gesamten Eingliederungshilfe.

In Artikel 3 des Inklusionsstärkungsgesetzes sind im Ausführungsgesetz zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (AG SGB XII) Regelungen zur Entfristung und damit zur dauerhaften Zuständigkeit der Landschaftsverbände (überörtlicher Träger der Sozialhilfe) für das selbstständige Wohnen von Menschen mit Behinderungen getroffen worden.

Um Schnittstellen zwischen den örtlichen und überörtlichen Trägern der Eingliederungshilfe zu harmonisieren, sind die Landschaftsverbände zusätzlich seit dem 1. Juli 2016:

- für die ambulanten Leistungen der Hilfe zur Pflege nach §§ 61 ff. SGB XII zuständig, sofern sie zur Erreichung des Zieles des selbstständigen Wohnens außerhalb von teilstationären und stationären Einrichtungen notwendig sind.


Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der landesrechtlichen Regelungen zur Umsetzung des BTHG in NRW wird zu prüfen sein, welche Aufgaben auf der örtlichen oder überörtlichen Ebene wahrgenommen werden sollen.
Ziel I: Bis Ende 2015 war geplant, ein Rahmenkonzept für notwendige statistische Eckdaten zur Situation von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien zu entwickeln.

Konkrete Maßnahmen:

- Analyse bereits vorhandener Daten in der amtlichen Statistik
- Identifizierung ergänzend notwendiger Daten
- Vergabe einer Studie
- Regelmäßige Auswertung der amtlichen Statistik und Publikation der Ergebnisse

Federführung: MFKJKS


Die vom MAIS federführend geplante Berichterstattung zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen wird diese Fragestellung aufgreifen.

Aus Sicht des MFKJKS wird nach Vorliegen des vom MAIS geplanten Berichts zu prüfen sein, inwieweit Bedarf an weiteren Studien besteht.

Ziel II: Bis Ende 2020 wird die Sachkunde der vorhandenen Beratungsinfrastruktur für Familien so erweitert, dass ein differenziertem, qualifizierter und leistungsträger-übergreifender Verweis auf weiterführende Hilfen für Menschen mit Behinderungen
möglich ist. Bereits aufbereitete Daten zur Situation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien sind dabei zu berücksichtigen.

Konkrete Maßnahmen:

- Gespräche mit Kommunen und freien Trägern
- Identifizierung und Veröffentlichung von Best-Practice-Beispielen
- Mittelfristig: Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

**Federführung:** MFKJKS

**Sachstand:** Im Jahr 2015 wurde das Thema mit den Vertreterinnen und Vertretern der Trägerverbände der Familienberatung erörtert. Demnach sind innerhalb der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die Arbeitsbereiche Familienberatung und Behindertenhilfe fachlich hervorragend vernetzt. Einige Beratungsstellen kooperieren darüber hinaus mit der Lebenshilfe, um ihr Beratungsangebot bedarfsgerecht ausrichten zu können. Die Sachkunde zu einem qualifizierten Verweis auf weiterführende Hilfen ist überwiegend vorhanden.

### 3.5.1 Elternassistenz und begleitete Elternschaft (Kapitel IV.6.1, S. 115 - 116)

**Ziel:** Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für Mütter und Väter mit Behinderungen, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsangeboten sowie von Sozialleistungsträger über die mit der „Elternassistenz“ und „begleiteten Elternschaft“ in Verbindung stehenden Hilfemöglichkeiten

**Konkrete Maßnahmen:**

1. Durchführung von Dialogveranstaltungen zu den Themen „Elternassistenz“ und „begleitete Elternschaft“
2. Vorbereitung von Broschüren zur „Elternassistenz“ und zur „begleiteten Elternschaft“

**Federführung:** MFKJKS, MAIS

3.6 Kinder und Jugendliche (Kapitel IV.7, S. 116 - 122)

3.6.1 Frühkindliche Bildung (Kapitel IV.7.1 S. 116 - 119)

Ziel: Kindern den bedarfsgerechten gemeinsamen Besuch von Kindertageseinrichtungen mit Kindern ohne Behinderungen ermöglichen

Konkrete Maßnahme: Berücksichtigung der Inklusion im Rahmen der Weiterentwicklung und Implementierung der neuen „Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren“ (Bildungsgrundsätze) in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich

Federführung: MFKJKS


3.6.2 Früherkennung und Frühförderung (Kapitel IV.7.2, S. 119 - 120)

Ziel: Verbesserung der Früherkennung und Frühförderung von Kindern mit Behinderungen

Konkrete Maßnahme: Evaluierung und Weiterentwicklung der „Rahmenempfehlung zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder und von Behinderung bedrohter Kinder“

Federführung: MAIS, MGEPA

Sachstand: Um Kinder mit (drohenden) Behinderungen möglichst ganzheitlich zu fördern, wurde im SGB IX die „Komplexleistung Frühförderung“ eingeführt. Hiermit
wurde ein interdisziplinäres System geschaffen, welches Kindern und ihren Familien einen abgestimmten Leistungskomplex von Beratung, Diagnose, Förderung und Behandlung ermöglichen soll.

Zum 1. April 2005 trat die Landesrahmenempfehlung NRW zur Umsetzung der Frühförderungsverordnung in Kraft. Sie ist Grundlage für die Ausführung der Komplexleistung in NRW.


Um die Weiterentwicklung der Frühförderung als Komplexleistung in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben und ein landesweit flächendeckendes Angebot zu schaffen, hat das Kabinett im Juni 2013 das MAIS und das MGEPA in gemeinsamer Verantwortung damit beauftragt, mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren in einem modifizierten Prozess einzutreten.


Parallel dazu hat NRW in seinem Antrag für die ASMK 2013 zur „Weiterentwicklung des SGB IX“ auch das Thema Frühförderung aufgegriffen und eine (pauschale) Weiterentwicklung der Frühförderung gefordert.


Wichtigste Ergebnisse sind:

- Die Rolle der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW als Vertreterin der Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF), wird gestärkt. Sie wird nun, neben den Kostenträgern, erstmalig Vereinbarungspartnerin der überarbeiteten Rahmenempfehlung.
- Die Elternberatung wird zukünftig mitfinanziert.
- Vereinbarungen zu personellen Anforderungen und Qualifikation des Personals in den IFF werden getroffen.
Die Vereinbarungspartnerinnen und -partner haben sich dem Ziel einer landesweiten und qualitativ weiterentwickelung der Komplexleistung in NRW durch einen landesweiten Qualitätsdialog verpflichtet. Damit wird die in der Koalitionsvereinbarung enthaltene Idee der Entwicklung von Qualitätsstandards aufgegriffen.

Der bislang uneinheitlichen (Fall-)Kostenteilung zwischen Kassen und Kommunen wird durch eine Musterkalkulationsmatrix entgegengewirkt. Hierdurch wird insbesondere den Kommunen, die bislang keine IFF haben, ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit welchem die finanziellen Wirkungen der Einrichtung einer IFF bemessen werden können.

Die Vereinbarungspartnerinnen und -partner sehen die Weiterentwicklung der (Interdisziplinären) Frühförderung in NRW als Prozess und bitten die Landesregierung, drei Jahre nach Inkrafttreten der aktualisierten Empfehlung um Überprüfung der Wirkungen der Empfehlung.


Auch die durch das nunmehr gültige Bundesteilhabegesetz vorgesehenen Änderungen, u.a. die Einführung einer Rahmenvereinbarung zwischen Krankenkassen und Trägern der Sozialhilfe, werden die Ausgestaltung der Frühförderung in NRW maßgeblich beeinflussen.

3.6.3 Teilhabe an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (Kapitel IV.7.3, S. 120 - 122)


Konkrete Maßnahme I: Umsetzung des Projektförderschwerpunkts „Teilhabe junger Menschen mit Behinderungen“ im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans
Federführung: MFKJKS


Zu den Modellprojekten:


Das Projekt wurde mit rd. 466.000 € aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes gefördert.

2. Modellprojekt der G 5

Der Arbeitskreis G 5 ist ein Zusammenschluss der Landesorganisationen der Jugendarbeit. In ihm vertreten sind der Landesjugendring NRW, die Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW und das Paritätische Jugendwerk NRW.


Das Projekt wurde mit rd. 196.000 € aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes gefördert.

3. Gemeinsames Modellprojekt von der Technischen Hochschule Köln und Transfer e. V. zu inklusiven Kinder- und Jugendreisen


**Konkrete Maßnahme II: Wirksamkeitsdialog/Qualitätsverbund „Offene Kinder- und Jugendarbeit“**

**Federführung:** MFKJKS

**Sachstand:** Die Prüfung hinsichtlich der Fortführung der Instrumente „Wirksamkeitsdialog/Qualitätsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit“ als Erhebungsinstrumente insgesamt wurde erst im Frühjahr 2013 abgeschlossen.

**Konkrete Maßnahme III: Zielvereinbarungen**

**Federführung:** MFKJKS

**Sachstand:** Im Rahmen von Zielvereinbarungen wurde im Sommer 2013 von den landeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit ein bis 2015 laufendes inklusives Pilotprojekt gestartet. Das Projekt ist mit G 5 abgeschlossen (siehe konkrete Maßnahme I, Ziffer 2)

**Konkrete Maßnahme IV: Qualifizierung/Weiterbildung von Kommunen und freien Trägern durch die Fachberaterinnen und Fachberater bei den Landesjugendämtern**
Federführung: MFKJKS


Konkrete Maßnahme V: Fortführung des Förderschwerpunkts „Teilhabe junger Menschen mit Behinderung“

Federführung: MFKJKS


3.7 Arbeit und Qualifizierung (Kapitel IV.8, S. 123 - 142)

3.7.1 Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der Landesregierung (Kapitel IV.8.1, S. 125)

Ziel: Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnerinnen und –partnern der Landesregierung

Konkrete Maßnahme: Die Landesregierung wird die Zusammenarbeit der Beteiligten auf Landesebene im Fachbeirat Arbeit und Qualifizierung bündeln.

Federführung: MAIS


- Persönliches Budget im Bereich Arbeit
- Inklusiver Arbeitsmarkt mit Fokus auf Unternehmen und Unternehmensverbände
- Weiterentwicklung der Werkstättenmitwirkungsverordnung
- Inklusionskompetenz in Jobcentern
- Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen
- Peercounseling
- Prävention/Arbeitsplatzssicherung
Empfehlungen an öffentliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

Unterstützung von Menschen mit Behinderungen durch eine nutzerfreundliche Beratungsstruktur (Anlaufstelle mit Lotsenfunktion).


Zur Verbesserung der beruflichen Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen greift die Vereinbarung folgende Handlungsfelder auf:

- Inklusion als Aufgabe für die gesamte Organisation und als Führungsaufgabe
- Weiterentwicklung der Zugänglichkeit
- Stärkung der Beratungskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter
- Gewinnung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
- Chancen verbessern für junge Menschen mit Beeinträchtigungen
- Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit auf lokaler und Landesebene.


3.7.2 Gestaltung der Übergänge von der Schule in Ausbildung, Beruf und Studium in Verbindung mit Regionale Vernetzungsstrukturen und ein allgemeines Übergangssystem (Kapitel IV.8.2 und IV.8.3, S. 126 - 130)

Ziel I: Umsetzung eines u. a. inklusiven Systems des Übergangs Schule/Beruf in ganz NRW mit verbindlicher Einführung von Standardelementen der Berufs- und Studienorientierung ab Klasse 8 und möglichst bruchfreien Übergängen von der
Schule in Ausbildung/Beruf/weiterer Schulbesuch/Studium mit Hilfe des Instruments „Anschlussvereinbarung“ unter Koordinierung der 53 Kreise/kreisfreien Städte

**Gesamt-Federführung: MAIS**


**Konkrete Maßnahme I: „Kommunale Koordinierung“**

**Federführung: MAIS**

**Sachstand:** Alle 53 Kreise und kreisfreien Städten beteiligen sich als Koordinatoren aller Prozesse im Übergang Schule/Beruf (Studien- und Berufsorientierung; Übergangsgestaltung; Übergangs- und Ausbildungsangebote; Steigerung der Attraktivität des dualen Systems).

**Konkrete Maßnahme II: Landesvorhaben STAR – Schule trifft Arbeitswelt**

**Ziel:** Integration (schwer-) behinderter Jugendlicher

**Federführung: MAIS**


Das Finanzierungsmodell sieht vor, dass die Partner ab dem 1. August 2017 jeweils ein Drittel der Gesamtkosten der STAR-Berufsorientierungsmaßnahmen übernehmen.

NRW als erstes Bundesland flächendeckend die Berufsorientierung für die STAR-Zielgruppe.

Konkrete Maßnahme II: Einführung von Standardelementen der Berufs- und Studienorientierung ab Klasse 8

Federführung: MSW


Ziel II: Verbesserung der Vorbereitung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen beim Übergang von der weiterführenden Schule in Beruf oder Studium

Konkrete Maßnahme: Förderung des Projekts „kombabb“

Federführung: MAIS


3.7.3 Steigerung der Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze (Kapitel IV.8.4, S. 131)

Ziel: Schaffung zusätzlicher Ausbildungschancen für Jugendliche mit Behinderungen

Konkrete Maßnahme I: Aktion 100 zusätzliche Ausbildungsplätze

Federführung: MAIS
Sachstand: Die Aktion 100 wird in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit fortgesetzt. Damit wird weiterhin jungen Menschen mit Behinderungen, die auch in der Nachvermittlungsphase nicht erfolgreich in eine Ausbildung eingemündet sind, eine zusätzliche AusbildungsChance geboten.

In bisher elf Ausbildungsaktionen seit 2006/2007 wurden bei Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (Berufsbildungswerke und Berufsförderungswerke) mehr als 1.220 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Durch den Ansatz der unterstützten betrieblichen Ausbildung konnten im Rahmen der Aktion 100 bisher mehr als 130 verschiedene Berufsbilder realisiert und über 1.130 Unternehmen als betriebliche Ausbildungspartner gewonnen werden.


Konkrete Maßnahme II (neue Maßnahme): Initiative Inklusion, Handlungsfeld neue Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen in Betrieben und Dienststellen des allgemeinen Arbeitsmarkts (Handlungsfeld 2)

Federführung: MAIS

3.7.4 Unterstützung von Maßnahmen und Projekten zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (Kapitel IV.8.5, S. 132 - 134)

Ziel I: Erhöhung der Zahl an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen in Integrationsunternehmen

Konkrete Maßnahme: Landesprogramm „Integration unternehmen!“

Federführung: MAIS

Sachstand: In der Summe wurden im Jahr 2016 insgesamt 242 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen nach § 132 SGB IX bewilligt, so dass die Summe nunmehr 2.403 neu geschaffene Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen beträgt. Für das Landesprogramm „Integration unternehmen!“ werden jährlich 2,5 Mio. € aus dem Landeshaushalt vorgesehen.


Ziel II (neues Ziel): Schwerbehinderte Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, vermehrt in den allgemeinen Arbeitsmarkt integrieren

Konkrete Maßnahme: Initiative Inklusion, Handlungsfeld neue Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen (Handlungsfeld 3)

Federführung: MAIS


Ziel III (neues Ziel): Entwicklung eines regionalen inklusiven Fördersystems in Jobcentern für erwerbsfähige Leistungsbeziehende mit Behinderungen und mit erheblichen gesundheitlichen Handicaps

Konkrete Maßnahme: Projekt: „Miteinander Arbeiten – MIAR“

Federführung: MAIS

Sachstand: Folgende Konzepte und Empfehlungen wurden u.a. erarbeitet:

- Transferkonzept Inklusionsmonitoring
- Konzept für Mitarbeiterschulungen
- Ansprache- und Informationskonzept
- Zielgruppenspezifische Handlungsempfehlungen (Migrantinnen und Migranten, 50+ und Alleinerziehende)
- Handlungsempfehlungen zur Ausrichtung des Arbeitgeberservices
- Handlungsempfehlungen zu Netzwerken und Dienstleistungsketten
- Handlungsempfehlungen und Konzeptionen zu Förderangeboten
- Handlungsempfehlungen für Zielvereinbarungen und regionale Arbeitsmarktprogramme.

3.7.5 **Stärkung von Konzepten der Teilnehmerorientierung bei den Angeboten zur beruflichen Rehabilitation in den Berufsförderungswerken (Kapitel IV.8.6, S. 134 - 135)**

**Ziel:** Weiterentwicklung der Berufsförderungswerke

**Konkrete Maßnahme:** Qualifizierungsklasse für arbeitslose schwerbehinderte Menschen bei den Berufsförderungswerken Düren und Oberhausen (Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung)

**Federführung:** MIK


3.7.6 **Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (Kapitel IV.8.7, S. 136)**

**Ziel:** Förderung der bedarfsgerechten Bereitstellung und Ausstattung von Werkstattarbeitsplätzen

**Konkrete Maßnahme:** Investive Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in Nordrhein-Westfalen

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Um die Förderung auf gleichem Niveau fortzuführen, sind für den bedarfsgerechten Ausbau an Arbeitsplätzen in Werkstätten für behinderte Menschen jährlich rd. 5 Mio. € geplant.

3.7.7 **Rahmenzielvereinbarung als Instrument zur Weiterentwicklung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (Kapitel IV.8.7.1, S. 137)**

**Ziel:** Flankierung der Weiterentwicklung WfbM durch Unterstützung der Rahmenzielvereinbarungen WfbM (Landschaftsverbände/Wohlfahrtsverbände)
Konkrete Maßnahme: Initiative „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen“

Federführung: MAIS


3.7.8 Alternativen zur WfbM bei voller Erwerbsminderung (Kapitel IV.8.8, S. 138 - 140)

Ziel I: Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt sowie Förderung der beruflichen Teilhabe von besonders betroffenen Menschen mit einer Schwerbehinderung

Konkrete Maßnahme: Arbeitsmarktprogramm „aktion 5“

Zuständigkeit: Landschaftsverbände


rungen. Zudem werden innovative Projekte, die neue Wege in eine inklusive Arbeitswelt bahnen, gefördert.


Ziel II: Mehr Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) den Einstieg in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis ermöglichen

Konkrete Maßnahmen:

2. LWL-Budget für Arbeit (entwickelt aus dem Programm „Übergang plus (Üplus)“; Laufzeit bis Ende 2017)

Zuständigkeit: Landschaftsverbände


sogar 10,3 % (59 Übergänge). 53,8 % der Wechslerinnen und Wechsler (715 Personen) wiesen eine geistige Behinderung auf, 35,8 % (475 Personen) eine seelische Behinderung. Rund 28,8 % der Vermittelten (382 Personen) fanden einen Arbeitsplatz in einem Integrationsunternehmen oder einer Integrationsabteilung.

Der seit 2008 in NRW mit vereinten Anstrengungen erfolgte Ausbau der Integrationsprojekte hat somit zu signifikanten Beschäftigungswirkungen für Menschen mit wesentlichen Behinderungen geführt und die Umsetzung der Budgets erfolgreich flankiert.


Ziel III: Flankierung der Gesetzesreform zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe (SGB XII) und der Teilhabe am Arbeitsleben (SGB IX), neu: Bundesteilhabegesetz

Konkrete Maßnahme I: Dialogveranstaltungen auf Landesebene zu den Eckpunkten der anstehenden Gesetzesreform im SGB IX

Federführung: MAIS

Sachstand:

- Workshop „Persönliches Budget im Bereich Arbeit – Fortschritte, Hemmnisse, Kontroversen und Abgrenzung zum Budget für Arbeit"
- Workshop „Werkstätten-Mitwirkungsverordnung“
- Workshop „Integrative Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerüberlassung“ im Januar 2016
- Workshop „Clearingstellen/Netzwerk“ im März 2016
- Diskussion im Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“

Konkrete Maßnahme II:

- Einflussnahme von NRW über Bundesrat
- Anträge von NRW im Bundesrat
- Einführung eines Budgets für Ausbildung
• Ermöglichung des Budgets für Arbeit in Einzelfällen auch ohne Weg über die WfbM
• Einführung des Instruments „Integrative Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerüberlassung“ in Kooperation mit Integrationsunternehmen
• Prüfauftrag in Bezug auf erweiterte Einwirkungsmöglichkeiten der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) unterhalb eines Vetorechtes.

Die Anträge haben im Bundesrat die Mehrheit der Länder gefunden, die Bundesregierung lehnt die Anträge in Gänze ab. (Allerdings wurde im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Einwirkungsmöglichkeit der SBV im Fall einer Kündigung ohne Beteiligung der SBV doch gestärkt: eine solche Kündigung ist unwirksam.)

3.7.9 Querschnittsaufgabe: Weiterentwicklung gendergerechter Rahmenbedingungen für die Teilhabe am Arbeitsleben (Kapitel IV.8.9, S. 141 - 142)

Ziel: Weiterentwicklung gendergerechter Rahmenbedingungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Konkrete Maßnahmen:
• Berücksichtigung von gendersensiblen Gesichtspunkten in allen genannten Maßnahmen und Aktivitäten des Landes zur Teilhabe am Arbeitsleben als Querschnittsaufgabe
• Durchführung von Fach- und Transferveranstaltungen sowie Bereitstellung von Informationen zum Thema
• Exemplarische Entwicklung und Veröffentlichung eines regionalen Handlungs konzepts „Zugänge und Chancen beruflicher Teilhabe von Frauen mit Behinderung“ (Köln)
• Entwicklung eines wissenschaftlich begleiteten betrieblichen Mentorings für Akademikerinnen mit Behinderung oder gesundheitlicher Einschränkung
• Geschlechterdifferenzierende Datenerhebung

Federführung: MAIS

Sachstand:
• Die Sensibilisierung für und die Berücksichtigung von gendersensiblen Gesichtspunkten bei den Aktivitäten und Maßnahmen des Landes zur Teilhabe am Arbeitsleben erfolgt auf Arbeitsebene.
• Im Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“ ist das Thema durch das vom MGEPA geförderte Netzwerk Büro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW als Delegierte der LAG Selbsthilfe NRW e.V. vertreten.


• Ergänzung der Werkstättenmitwirkungsverordnung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesteilhabegesetz um die Funktion einer „Frauenbeauftragten“.

• Darüber hinausgehende spezifische Aktivitäten zu den genannten Maßnahmen konnten mit Blick auf die derzeitige Zeit-, Ziel- und Ressourcenplanung noch nicht realisiert werden.

3.8 Alter und Behinderung (Kapitel IV.9 S. 143 - 145)


Konkrete Maßnahme: Entwicklung und Umsetzung des Masterplans altengerechte Quartiere.NRW

Federführung: MGEPA

In einem breit angelegten Dialog mit allen Interessierten werden künftig weitere Module und Projekte hinzukommen. Ergänzt werden diese Unterstützungsangebote durch diverse Qualifizierungsformate und die persönliche Beratung „vor Ort“ durch das vom MGEPA eingesetzte Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW und das Landesbüro innovative Wohnformen.NRW. Darüber hinaus werden im Rahmen des Landesförderplans Alter und Pflege des Landes NRW mit dem Förderangebot 6 „Schulung von ehrenamtlich Engagierten im Themenbereich Pflege und Alter“ (jährlich 105.000 €) sowie mit dem Förderangebot 7 „Qualifizierung hauptamtlich Beschäftigter zur Umsetzung einer altengerechten Quartiersentwicklung“ (jährlich 110.000 €) die Entwicklung von Qualifizierungsangeboten gefördert.

Der Prozess einer altengerechten und inklusiven Quartiersgestaltung ist als lernendes System angelegt, sodass eine Zielperspektive, wie sie hier gemeint ist, dem konzeptionell nicht immanent ist.

Für die Umsetzung des Masterplans wurden bzw. werden die folgenden finanziellen Mittel aufgewendet:

- 2014: 216.961 €
- 2015: 303.770 €
- 2016: 391.500 €
- 2017: 352.500 € (Planzahl)
- 2018: 362.000 € (Planzahl).

Im Rahmen der aktuell 45 geförderten Projekte sollen durch präventive, maßgeschneiderte und partizipative Ansätze erreicht werden, dass Menschen auch im Alter ihr Leben zu Hause, selbstbestimmt, mobil und aktiv führen können. Durch die Quartiersentwicklung werden Bedarfe identifiziert und individuelle Lösungen gefunden, so dass vorhandene soziale Defizite ausgeglichen werden.

Zur zielgenauen Vertiefung und inhaltlichen Weiterentwicklung des Masterplans wurde Anfang Februar 2016 im Rahmen des Förderangebotes 2 ein gesonderter Aufruf für die Einreichung von Quartiersprojekten mit den Themenschwerpunkten Gender, Gesundheit oder Menschen mit Migrationsgeschichte veröffentlicht. Insgesamt wurden elf Projektanträge gestellt, die alle bewilligt wurden. Das Thema Gesundheit wird in sieben Quartieren, das Thema Migration in drei Quartieren und das Thema Gender in einem Quartier im vertiefenden Mittelpunkt stehen.

Altenbericht:

Der erste Altenbericht 2016 nach § 20 des Alten- und Pflegegesetzes NRW (APG NRW) befasst sich im Rahmen eines eigenen vertiefenden Schwerpunktthemenkapitels mit den Lebenswelten und Lebensperspektiven älterer und hochaltriger Menschen mit Behinderung, die pflegebedürftig oder von Pflegebedürftigkeit bedroht sind.

Im Einzelnen enthält das Kapitel Darstellungen zu den Unter-Themen

- lebenslange Behinderung im Alter als neue gesellschaftliche Herausforderung,
- die Lebenslage bei lebenslanger Behinderung,
- Verschiedenheit von Lebenssituationen im Alter,
- zahlenmäßige Entwicklung und Hilfen unter besonderer Betrachtung der Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung,
- Gestalten und Erleben der Lebensphase Alter,
- soziale Beziehungen,
- Arbeitsleben und Übergang in den Ruhestand,
- Freizeitgestaltung,
- Wohnen,
- Gesundheit im Alter einschließlich Gesundheitsforschung,
- Erleben der Grenzen des Lebens,
- politische Partizipation,
- Schnittstellen zwischen Pflege und Behinderung,
• Behinderung und Alter in der Praxis: Aus der Arbeit des Landesbehindertenbeauftragten,
• Behinderung, ein Begriff im Wandel,
• die neue Perspektive der UN-Konvention,
• eine neue Generation im Ruhestand oder
• der demografische Wandel und das System der Hilfen.

Neben vielfältigen Zahlen, Daten und Fakten wird vor allem herausgearbeitet, dass das Erleben der Gesellschaft von Menschen mit einer lebenslangen Behinderung im Alter für die Gesellschaft selbst sowie die vorhandenen Hilfe- und Unterstützungsangebote eine neue Herausforderung darstellt und was den Unterschied zu den bekannten Lebenssituationen ausmacht.

Auch wenn schon viel bekannt und dargestellt ist, kann als eine Erkenntnis der Arbeiten zu diesem Kapitel festgehalten werden, dass inhaltliche Studien und statistische Arbeiten zur demographischen Alterung von Menschen mit Behinderung weiterhin erforderlich sein werden, um auf der Grundlage vertiefter, zielgruppenspezifischer Erkenntnisse Planungen für die Gestaltung und Umsetzung einer demographiefesten Lebensumgebung auch für Menschen Behinderung im Alter passgenau leisten zu können.


3.9 Gesundheit und Pflege (Kapitel IV.10, S. 146 - 160)

3.9.1 Gesundheit (Kapitel IV.10.1 S. 146 - 155)

Ziel I: Das Thema Inklusion von allen Akteurinnen und Akteuren im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen gemeinsam zu bearbeiten

Konkrete Maßnahme: Verabschiedung einer umfassenden Entschließung der Landesgesundheitskonferenz (LGK) „Von der Integration zur Inklusion: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen verbessern“, die in Selbstverpflichtung der Akteurinnen und Akteure umgesetzt wird

Federführung: MGEPA


Die Entschließung umfasst folgende Handlungsfelder:
1. Sicherstellung eines gleichberechtigten wohnortnahen Zugangs
2. Schaffung verlässlicher, bedarfs- und bedürfnisgerechter Strukturen
3. Nutzerorientierung, Selbstbestimmung und Partizipation fördern
4. Beseitigung von Schnittstellenproblemen
5. Qualifizierung für einen vorurteilsfreien und gleichberechtigten Umgang
6. Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention
7. Unterstützung durch kommunale Gesundheitskonferenzen.


Ziel II: Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, zur Vermeidung einer möglichen, drohenden Behinderung als Folge von Erkrankungen und Sicherstellung von wohnortnahen, bedarfs- und bedürfnisgerechten, differenzierten und vernetzten Hilfen für psychisch kranke Menschen

Konkrete Maßnahme I: Untersuchung von psychischen Störungen im Kindes- und Jugendalter - Morbiditätsentwicklung - Präventions- und Hilfestrukturen
Federführung: MGEPA

Sachstand: Das vom LZG NRW in Auftrag gegebene Versorgungsforschungsgutachten zur Kinder- und Jugendpsychiatrie in Nordrhein-Westfalen konnte durch die Insolvenz des Auftragnehmers WIAD im April 2014 nicht fertiggestellt werden. Es ist geplant, einzelne Aspekte, die die Kinder- und Jugendpsychiatrie betreffen, in die Erstellung des Landespsychiatrieplans (s.u.) einfließen zu lassen.

Konkrete Maßnahme II: Landesinitiative zu Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen „Starke Seelen“

Federführung: MGEPA


Konkrete Maßnahme III: Landeskonzept gegen Sucht und Aktionsplan gegen Sucht - Förderung von Projekten zur Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Präventions- und Hilfeangebote unter Berücksichtigung geschlechts- und kulturspezifischer Aspekte

Federführung: MGEPA

Sachstand: Umsetzung des 2015 verabschiedeten Aktionsplans gegen Sucht durch Förderung innovativer Projekte. Förderung erster mehrjähriger Projekte seit 2016 aus den Bereichen Suchtprävention, Online-/ Medien- und Glücksspielsucht, Frühintervention sowie berufliche und soziale Rehabilitation Suchtkranker (Gesamtfördersumme: ca. 700.000 €).
Konkrete Maßnahme IV: Förderung der Selbsthilfe psychisch und suchtkranker Menschen

Federführung: MGEPA


Konkrete Maßnahme V: Schaffung bzw. Ausbau gemeindenaher Hilfeverbundsysteme

Federführung: MGEPA


Konkrete Maßnahme VI: Qualitative und quantitative Weiterentwicklung der teil- und vollstationären psychiatrischen Krankenhausangebote und Verbesserung der sektorübergreifenden Vernetzung der Hilfestrukturen im Rahmen der psychiatrischen Krankenhausplanung, insbesondere im Rahmen der Neuaufstellung des Krankenhausplans

Federführung: MGEPA

Sachstand: Die Umsetzung erfolgte im Rahmen des Krankenhausplans NRW 2015.

Konkrete Maßnahme VI: Erstellung eines Landespsychiatrieplans unter trialogischer Beteiligung

Federführung: MGEPA

77

Ziel III: Reduzierung der Zahl der Zwangseinweisungen von psychisch kranken Menschen

Konkrete Maßnahme I: Förderung eines mehrjährigen Modellprojekts zur Reduzierung der Zwangseinweisungen nach dem „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten des Landes Nordrhein-Westfalen“ (PsychKG) in Bielefeld

Federführung: MGEPA

Sachstand: Der Abschlussbericht liegt vor: Im Projektverlauf konnten durch Einbindung ärztlicher Komponenten in den Krisendienst, einen Kooperationskreis Prävention, eine Vielzahl von Fortbildungen, einen Wegweiser bei psychischen Krisen und aufsuchende Arbeit die Unterbringungszahlen im Projektzeitraum gesenkt werden. Die Projektmodule bzw. die angewandten Verfahren wurden durch Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmaterial nutzbar gemacht für andere Kommunen. (Gesamtfördervolumen 125.000 €)

Konkrete Maßnahme II: Weiterentwicklung der Datenerfassung und -analyse zur Einweisungspraxis im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung

Federführung: MGEPA

Sachstand: Im Rahmen der Datenerfassung und -analyse zur Einweisungspraxis (LZG NRW) werden die Justizgeschäftsstatistik in Zusammenarbeit mit JM einbezogen und die Daten der Kommunen zur Unterbringung nach dem PsychKG fortlaufend ausgewertet (fortlaufende Aufgabe LZG NRW).

Konkrete Maßnahme III: Untersuchung der Daten zur Unterbringung, freiheitsentziehenden Maßnahmen und Zwangsbehandlungen „Zwang in der Psychiatrie reduzieren“ (ZWARED) mit Erstellung eines Erhebungsinstruments und Aufbau einer Infoplattform
Ziel IV: Verhinderung von Stigmatisierung und Ausgrenzung psychisch kranker Menschen

Konkrete Maßnahme I: Im Rahmen einer sensiblen Öffentlichkeitsarbeit soll der Diskriminierung und Ausgrenzung psychisch-/suchtkranker Menschen gezielt entgegengewirkt werden. Die Umsetzung erfolgt z. B. durch die jährlich stattfindenden Aktionstage im Rahmen der Landespräventionskampagne „Sucht hat immer eine Geschichte“.

Ziel V: Förderung der gesundheitlichen Selbsthilfe und ihrer Infrastruktur.

Konkrete Maßnahme: Expertise zur Situation der Selbsthilfe-Kontaktstellen
Federführung: MGEPA


Ziel VI: Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen in die Gesundheitspolitik und Sensibilisierung der Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Konkrete Maßnahme: Regelhafte Beteiligung der Behindertenselbsthilfe an Veranstaltungen der Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen sowie Fortsetzung der Einbeziehung der LAG’s in die LGK und ihre Gremien und in den Fachbeirat Gesundheit

Federführung: MGEPA

Sachstand: Die Aufgabe ist als fortlaufender Prozess zu verstehen.

Ziel VII: Verbesserung der Lebens- und Behandlungssituation von Menschen mit Conterganschädigungen

Konkrete Maßnahme: Wissenschaftliche Studie und Peer-to-Peer-Projekt

Federführung: MGEPA


Aufgewendete Finanzen für das Gutachten des LZG zur gesundheitlichen Versorgung der Contergangeschädigten: 430.808,46 €.

Ziel VIII: Stärkung der Patientinnen- und Patienteninformation und der Patientinnen- und Patientenrechte für Menschen mit Behinderungen sowie Sensibilisierung der
Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen für die Belange der Menschen mit Behinderungen

**Konkrete Maßnahme:** Bereitstellung von Informationen zu Patientinnen- und Patientenrechten in Leichter Sprache sowie fortlaufende Kooperation von Patientenbeauftragten des Landes und LBB (mittelfristig)

**Federführung:** MGEPA

**Sachstand:** Fortlaufende Kooperation. Mehrere Informationsbroschüren wurden bereits in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt.

**Ziel IX:** Stärkere Berücksichtigung der UN-BRK in den Weiter- und Fortbildungs- sowie Berufsordnungen der Heilberufskammern NRW in Bezug auf den Umgang mit Menschen mit Behinderungen

**Konkrete Maßnahme:** Zielvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern NRW

**Federführung:** MGEPA

**Sachstand:** Die konkrete Formulierung der Zielvereinbarung wird derzeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern abgestimmt.

**Ziel X:** Themenzentrierte und problemorientierte Berücksichtigung der Belange von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderungen in den Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen für Beschäftigte in kommunalen Behörden und öffentlichen Institutionen gemäß Artikel 26 Abs. 2 UN-BRK


**Federführung:** MGEPA

**Sachstand:** Die Aufgabe ist als fortlaufender Prozess zu verstehen.
Ziel XI: Interkulturelle und zielgruppenspezifische Sensibilisierung der Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen

Konkrete Maßnahme: Fortsetzung der Fortbildungsreihe für Fachkräfte des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes auch unter Berücksichtigung des Themas „Migration & Behinderung“

Federführung: MGEPA


Hilfen und Schutz bei psychischen Krankheiten:


Zudem bedurfte es auf Grund von angezeigten Problemen in der Umsetzungspraxis in Teilbereichen Konkretisierungen und Klarstellungen.

Das Gesetz stärkt die Patientinnen- und Patientenrechte im Rahmen der Unterbringung. Im Bereich der Zwangsbehandlung sind die höchstrichterlichen Vorgaben zu den zu erfüllenden Voraussetzungen und der unabhängigen Kontrolle umgesetzt. Auch für den Regelungsbereich der Fixierung als besondere Sicherungsmaßnahme wurden entsprechende Anpassungen vorgenommen.


Die Dokumentationspflichten im Rahmen der Unterbringung sind erweitert und in Teilbereichen konkretisiert worden. Um die Entwicklung der Zahl der Unterbringungen und anderer Zwangsmaßnahmen zuverlässig dokumentieren und bewerten zu können, ist eine gesetzliche Regelung für die Meldung im Wege einer umfassenden Berichterstattung aufgenommen worden. Ein Landespsychiatriebeirat und eine Landespsychiatrieplanung wurden gesetzlich verankert.
3.9.2 Pflege (Kapitel IV.10.2, S. 156 - 160)

3.9.2.1 „Pflege-Bausteine Quartier“ (Kapitel IV.10.2.1, S. 157, 160)

Ziel: Die im Quartier verfügbaren Pflege-, Betreuungs-, Unterstützungs- und Entlas­
tungsangebote müssen so miteinander vernetzt werden, dass älteren oder
pflegebedürftigen Menschen weitestgehend ermöglicht wird, am Ort ihrer Wahl woh­
nen zu können (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 2 APG NRW), dies bedeutet vor allem den
möglichst langen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit, weil dies dem Wunsch der
meisten älteren oder pflegebedürftigen Menschen entspricht. Das setzt auch ein ent­
sprechendes bedürfnis- und bedarfsgerechtes Angebot an Pflegeberatung und
Wohnberatung voraus (siehe hierzu auch 3.8 Alter und Behinderung).

Konkrete Maßnahme:
- Erhebung vorhandener Beratungsangebote
- Neustrukturierung des Beratungsangebotes mit den folgenden Inhalten:
  - Transparenz über Pflegeberatung
  - Schaffung einer Anlaufstelle für Angehörige im Sinne einer Lotsenfunkt­
    tion und als Impulsgeberin für die Beratungsstruktur vor Ort
  - Schaffung einer Stelle zur Unterstützung lokaler Strukturen bei der Auf­
gabenwahrnehmung durch Erstellung von Informationsmaterialien für
  örtliche Beratungsangebote und Intensivierung der Netzwerkarbeit
  - Schaffung einer Landeskoordination Pflegeberatung: Fachliche Unter­
stützung der Weiterentwicklung der Beratungsarbeit und fachliche und
  moderierende Begleitung der Erarbeitung und Umsetzung der Rah­
menvereinbarungen zur Pflegeberatung
- Hilfestellung durch Bausteine für den „Baukasten“ des „Masterplan altenge­
rechtes Quartier“, Einbeziehung vorhandener Angebote, Berücksichtigung der
Wünsche und Bedarfe der Pflegebedürftigen; Arbeitsgruppe „Pflege im Quar­
tier“

Federführung: MGEPA

Sachstand: Abfrage und Auswertung zu vorhandenen Beratungsangeboten haben
stattgefunden, die Ergebnisse fließen in den weiteren partizipativen Entwicklungspro­
zess zur Weiterentwicklung der Pflegeberatung ein. Derzeit werden mit den
Landesverbänden der Pflegekassen und dem Verband der Privaten Krankenversi­
cherung intensive Gespräche über die Neustrukturierung der Beratung geführt. Die
Handlungsspielräume für das Land sind durch die jüngst vom Bund vorgenommene
Änderung des Pflegeversicherungsrechtes (Pflegestärkungsgesetz II) jedoch be­
grenzt. So wird vor allem die Entwicklung von Pflegeberatungsrichtlinien dem
Spitzenverband Bund der Pflegekassen zugewiesen; die Länder und die kommunalen Spitzenverbände sind lediglich zu beteiligen.


Das vorgesehene Finanzvolumen liegt bei 1,6 Mio. € pro Jahr.

Im Übrigen fördern das Land NRW und die Landesverbände der Pflegekassen den Aufbau einer Landeskoordinierungsstelle, um die überörtliche Koordination und Vernetzung der Wohnberatungsstellen voranzutreiben. Dafür haben sie der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung, einem Zusammenschluss nordrhein-westfälischer Wohnberatungsstellen, bis 2017 ca. 555.000 € zur Verfügung gestellt.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEPA NRW) wurde der rechtliche Rahmen für eine Quartiersentwicklung bereits optimiert; weitere Bausteine für eine bedarfsgerechte Quartiersentwicklung werden kontinuierlich weiterentwickelt.

3.9.2.2 NRW-Charta für gewaltfreie Pflege (Kapitel IV.10.2.2, S. 157)

Siehe hierzu Kapitel 3.16.2 („Schutz vor Gewalt“).

3.9.2.3 Pflegeberufe (Kapitel IV.10.2.3, S. 157 - 159)


Die relevanten Belange von Menschen mit Behinderungen werden im Rahmen der generellen Curricula der Ausbildung bzw. auf das Thema ausgerichteten Fort- und Weiterbildung behandelt.
Federführung: MGEPA

Sachstand: Das Projekt wurde abgeschlossen.

3.10 Kultur und Sport (Kapitel IV.11, S. 161 - 167)

3.10.1 Kultur (Kapitel IV.11.1 161 - 162)

3.10.1.1 Zugänglichkeit zu Kultureinrichtungen weiter verbessern – Bürgerschaftliches Engagement ermöglichen (Kapitel IV.11.1.1, S. 161-162)

Ziel: Abbau von Barrieren sowie Stärkung von Inklusion bei Kunst und Kultur (Tanz, Performance, Theater, Soziokultur) in NRW forcieren

Konkrete Maßnahme I: Förderung diverser Projekte

Federführung: MFKJKS

Sachstand:


- Im Theaterbereich gibt es sowohl bei den kommunalen Theatern als auch bei den Landestheatern und freien Produktionszentren/Ensembles in zunehmen-


- Förderung von Community-Dance-Projekten, die sich oft an Kinder- und Jugendliche richten aber auch generationsübergreifend sind: Zu nennen sind hier u.a. das Projekt „Phase“ (ehemals „Zeitsprung“) am Theater Bielefeld sowie diverse inklusive Tanzprojekte.

- Förderung im Bereich der Soziokultur: Viele Arbeitsbereiche, insbesondere die kulturellen Stadtteilprojekte, haben einen starken inklusiven Ansatz in den diversen Schwerpunkten (Interkultur, Gender, Kultur und Alter etc.).


Zielperspektive: Stärkung inklusiver Arbeitsansätze in den Arbeitsfeldern der Sparte Tanz, Theater und auch Soziokultur (u.a. Vorstellungen mit Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern, Angebote für blinde Menschen) – Bedarfsanalyse, Klärung von Förderzugängen über MFKJKS.

**Konkrete Maßnahme II: Dortmunder Modell – Kulturarbeit und Menschen mit Behinderung: Musik (Domo: Musik)**

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Das mittlerweile abgeschlossene dreijährige Projekt „Dortmunder Modell: Musik“ (1. April 2010 bis 31. März 2013) hatte verschiedene Bausteine:

a) **Phase der Breitenförderung:** In Kursen elementarer Musikvermittlung wurde mit Menschen mit Behinderungen gearbeitet, um Interesse an verschiedenen Musikstilen zu wecken und adäquate Musizierformen mit der Stimme und auf verschiedenen Instrumenten zu entwickeln, die ihren Fähigkeiten angemessen sind. Diese Phase dauerte vom April 2010 bis März 2011.

b) **Phase der Talentförderung:** Aus den Kursen und Workshops wurden Teilnehmende, die über besondere musikalische Fähigkeiten verfügen, zu Talentkursen zusammengefasst. In diesen Talentkursen wurde in mehreren
Stunden pro Woche gearbeitet, um die musikalischen und instrumentalen Ausdrucksmöglichkeiten der Teilnehmenden auszubilden. Diese Phase dauerte von April 2011 bis März 2012.


3.10.2 Sport (Kapitel IV.11.2, S. 162 - 167)

Ziel I: Für Menschen mit Behinderungen sollen weitere Angebote geschaffen werden, die ihnen den Weg zum Rehabilitations-, Breiten- oder Leistungssport ebnen können.

Konkrete Maßnahme: Ehrung des Behinderten-Sportvereins des Jahres

Federführung: MFKJKS


Ziel II: NRW wird Menschen mit Behinderungen, die sich leistungsstark sportlich engagieren möchten, Ressourcen für die Möglichkeit zur Verfügung stellen, dauerhaft Trainings- und Förderangebote wahrzunehmen

Konkrete Maßnahme: Leistungssportförderung des BRSNW

Federführung: MFKJKS
Sachstand: Es handelt sich um eine jährlich fortlaufende Maßnahme, die sich auf folgende Bereiche bezieht:

1. Verbandsförderung in Kooperation mit dem Landessportbund NRW (LSB NRW)
2. Verbandsförderung für Maßnahmen im Bereich des Leistungssports (MFKJKS)
3. Förderung von Trainern
4. Durchführung von Sportveranstaltungen

Darüber hinaus findet seit 2013 jährlich eine Unterstützung bei der „Wahl des Behindertensportlers des Jahres“ statt (Kooperationspartner Deutscher Behindertensportverband (DBS)).

Ziel III: Das Land NRW wird den Erkenntnisgewinn über Inklusionsprozesse im Sport von Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessern.

Konkrete Maßnahme: Tagung „Gelungene Wege zum inklusiven Sport“ am 25. September 2013

Federführung: MFKJKS


Des Weiteren hat das MFKJKS in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) das Modellprojekt „INKLUSIV AKTIV“ gestartet.


3.10.2.1 Verstetigung der Förderung des Reha-Sports (Kapitel IV.11.2.1 S. 166)

Ziel: Förderung des Reha-Sports als Möglichkeit der sozialen Teilhabe verstetigen

Konkrete Maßnahme: Fortsetzung der Förderung des Reha-Sports sowie Unterstützung des BRSNW und des Gehörlosen-Sportverbands bei der Sensibilisierung für den Inklusionsprozess

Federführung: MAIS
Sachstand: Das MAIS wird auch zukünftig die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der vereinsorientierten Sportbewegung unterstützen und damit seinen Beitrag auf dem Weg zur Inklusion im Sport auch für die Zukunft verstetigen. Die jährliche Förderung des Reha-Sports mit ca. 500.000 € (Förderung des BRSNW und des Gehörlosen-Sportverbands) ist dabei in den vergangenen Jahren fortgesetzt worden. Dies ist auch zukünftig so vorgesehen.

Schwerpunkte dieser fortlaufenden Förderung sind die:

- Qualifizierung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern sowie medizinischem Fachpersonal
- Organisation des Erfahrungsaustauschs zwischen Sportlerinnen und Sportlern mit und ohne Behinderungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene
- Durchführung von Sportveranstaltungen
- Begleitung und Förderung von Sportlerinnen und Sportlern mit Hör- oder Sprachbehinderung
- Durchführung von Pilotprojekten sowie
- die Entwicklung gemeinsamer Sportangebote für behinderte und nicht behinderte Menschen.

Der BRSNW ist zudem an einem gemeinsamen Projekt des Landessportbundes zum Thema „Sport und Inklusion“ beteiligt.


Seit 2016 wird zudem Special Olympics Deutschland Nordrhein-Westfalen e.V. mit 100.000 € jährlich unterstützt.

3.11 Mehrfache Diskriminierung von Frauen und Mädchen (Kapitel IV.12, S. 167 - 170)

Ziel I: Begleitung und Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung einer „Geschlechterperspektive“ im Rahmen kommunaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK
**Konkrete Maßnahme**: Modellartige Unterstützung des Netzwerk-Büros „Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW“ bei der LAG Selbsthilfe NRW e.V.

**Federführung**: MAIS


**Ziel II**: Konsequente und systematische Berücksichtigung frauenspezifischer Belange in der Politik als Querschnittsaufgabe

**Konkrete Maßnahme I**: Sensibilisierung der Infrastrukturen für die Belange von Mädchen und Frauen mit einer Beeinträchtigung; gezielte Ermittlung und Verankerung spezifischer frauenspezifisch- und behindertengerechter Aspekte in Projekten und Programmen; Förderung einzelner frauenspezifischer Modellprojekte für die Zielgruppe „Frauen mit Behinderung"

**Federführung**: MGEPA

**Sachstand**: Die kontinuierliche Förderung des Netzwerk-Büros Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW sowie die gute Kooperation (u.a. Jahressprechende zu Jahresschwerpunktpolitik) wurden fortgesetzt. Die jährliche Förderung des Netzwerk-Büros beträgt 150.000 €. Das Projekt ist dauerhaft aktuell; für 2017 wurde eine Erhöhung auf 213.000 € realisiert.


Zudem bestand eine Beteiligung an dem bundesweiten Projekt zur Ausbildung von Multiplikatorinnen (Ausbilderinnen) für Frauenbeauftragte in Einrichtungen der Behindertenhilfe (2015). Der Förderbetrag des MGEPA betrug ca. 10.000 €, das Projekt ist abgeschlossen.

**Konkrete Maßnahme II: Einrichtung von 16 „Kompetenzzentren Frau und Beruf“**

**Federführung: MGEPA**

**Sachstand: Das Projekt läuft aktuell. Frauen und Mädchen mit Behinderung gehören zu den Zielgruppen verschiedener Maßnahmen der Kompetenzzentren Frau und Beruf. Die berufliche Integration behinderter Frauen gehört zu den Schwerpunktthemen des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln.**


Die Finanzierung dieser Aktivitäten erfolgt im Rahmen der Gesamtprojektförderung „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ des MGEPA mit Mitteln des Landes und des EFRE.

### 3.12 Sexuelle Identität und Selbstbestimmung (Kapitel IV.13, S. 170 - 173)

**Ziel:** Sensibilisierung der Gesellschaft, Verbände und Institutionen für mehrdimensionale Diskriminierung von LSBTI* Menschen mit Behinderung (Lesben, Schwule, bisexuelle, transidente, transsexuelle, transgender und intergeschlechtliche Men-
schen). Anerkennung der sexuellen Selbstbestimmung, Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung des Empowerments von LSBTI* Menschen mit Behinderung

Konkrete Maßnahme I: Sensibilisierung der LSBTI*-Infrastruktur/ Förderung der Vernetzung

Federführung: MGEPA

Sachstand: Der Aspekt „Behinderung“ wird nach wie vor weiter in die Infrastruktur der LSBTI*-Träger eingebracht. Im Rahmen der Weiterentwicklung der psychosozialen Beratungsarbeit in NRW wurden gemeinsam mit den Spezialberatungsstellen für LSBTI* und deren Angehörige neue Ziele, Leistungen und Qualitätsmerkmale für die Beratungsarbeit entwickelt. Ein wichtiger Aspekt ist der intersektionale Ansatz in der Beratungsarbeit.


Konkrete Maßnahme II: Sichtbarkeit von Menschen mit LSBTI*-Hintergrund und Behinderungen in der vom MGEPA geförderten Kampagne „anders und gleich. Nur Respekt wirkt“ in Trägerschaft der LAG Lesben in NRW e.V.

Federführung: MGEPA


**Konkrete Maßnahme III: Gewinnung von Erkenntnissen über die Lebenssituation von LSBTI*-Menschen mit Behinderung**

**Federführung**: MGEPA

**Sachstand**: Im Rahmen der interdisziplinären Fachtagung „Anders und gleich in NRW“ im Mai 2012 wurde der Aspekt Behinderung in der Arbeitsgruppe „LSBTI*“ aus intersektionaler Sicht mit in den Blick genommen.


**Konkrete Maßnahme IV: Einbeziehung der LSBTI*-Selbsthilfe in die Vorbereitungen zur Umsetzung der UN-BRK; Erörterungen mit Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe zur Verankerung von Ansprechpersonen für LSBTI*; Berücksichtigung der Thematik bei der Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG)**

**Federführung**: MGEPA, MAIS

**Sachstand**: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins „Queerhandicap“ wurden vom MAIS zu den im Vorfeld der Erstellung des Aktionsplans durchgeführten Dialogveranstaltungen („NRW-Dialoge“) einbezogen. So konnte sichergestellt werden, dass die Belange von LSBTI*-Menschen mit Behinderungen Berücksichtigung gefunden haben. Die Erörterung der Thematik „Ansprechpersonen für LSBTI* in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe“ konnte bisher vom MAIS noch nicht platziert werden. Es ist vorgesehen, diese Frage nach erfolgter Novellierung des NRW-

3.13 Behinderung und Migration (Kapitel IV.14, S. 173 - 177)

Ziel I: Erstellung einer Bestandsaufnahme über die Situation von Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund, um die notwendigen Entscheidungen für diese Personengruppen auf gesicherte Erkenntnisse zu stellen

Konkrete Maßnahme: Erhebung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und Zuwanderungsgeschichte, Auswertung der Ergebnisse und Weiterentwicklung notwendiger Hilfeangebote

Federführung: MAIS

Sachstand: Siehe unten.

Ziel II: Interkulturelle Öffnung der Angebote der Behindertenhilfe

Konkrete Maßnahme: Aufbau regelmäßiger Beratungen zwischen den Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund und der Anbieter von Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie Aufgreifen der Themen Migration, Kultur und Behinderung in den Ausbildungscurricula der Behindertenhilfe

Federführung: MAIS

Sachstand: Siehe unten.

Ziel III: Spezielle Angebote für Angehörige von Menschen mit Behinderungen einrichten
Konkrete Maßnahme: Schaffung von begleitenden Angeboten für Angehörige, z.B. psychologische Unterstützung für Mütter; Förderung einer Personalstelle im Rahmen eines Projekts (vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel)

Federführung: MAIS


3.14 Beratungsstrukturen (Kapitel IV.15, S. 178 - 181)

3.14.1 Gemeinsame Servicestellen und ihre Kooperation mit anderen Beratungsangeboten (Kapitel IV.15.1, S. 178 - 179)

Ziel: Untersuchung und Weiterentwicklung der Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen

Konkrete Maßnahme: Maßnahmenbündel, z.B.: Überprüfung der Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen (Bestandsanalyse und Handlungsempfehlungen für Weiterentwicklung); Gesprächs- und Abstimmungsgespräche mit den für die Beratungsangebote im Land Verantwortlichen; Dialog mit den Rehabilitationsträgern und Verbänden über Möglichkeiten der Weiterentwicklung der gemeinsamen Servicestellen nach § 23 SGB IX

Federführung: MAIS

3.14.2  **Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort – „Lotsinnen und Lotsen für Menschen mit Behinderungen“** (Kapitel IV.15.2, S. 180)

**Ziel:** Qualifizierung einer ausreichenden Zahl nachgewiesener ehrenamtlich engagierter Menschen in der Behindertenhilfe, die als Wegweiser, Ansprechpersonen und Vermittlerinnen und Vermittler mit fundierten Erstinformationen für ratsuchende Menschen mit Behinderungen in ihrem Stadtteil zur Verfügung stehen

**Konkrete Maßnahme:** „Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort – Lotsinnen und Lotsen für Menschen mit Behinderungen“

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Zuletzt erfolgte eine fachliche Begleitung der seit 2010 mehr als 100 qualifizierten Lotsinnen und Lotsen. Dabei lag der Fokus auf Beratung, Begleitung und Weiterbildung sowie der Vernetzung der aktiven Lotsen z.B. durch Regionaltreffen. Die Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben (KSL) unterstützen nunmehr die Lotsen. Sie entwickeln Fortbildungsangebote und bieten fachliche Begleitung sowie Unterstützung bei der Vernetzung an.

Ein weiterentwickeltes Lotsenprojekt soll in ein noch zu erarbeitendes Konzept zur Stärkung von Ehrenamt und Selbsthilfe im Bereich der Inklusion implantiert werden.

3.14.3  **Projekt „Wir sehen weiter“** (Kapitel IV.15.3, S.181)

**Ziel:** Stärkung der Beratungskompetenz sehbehinderter Menschen

**Konkrete Maßnahme:** Fortführung des Projekts „Wir sehen weiter“

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Die Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben (KSL) unterstützen in Zusammenarbeit mit den Blindenverbänden die „Wir sehen weiter“-Beraterinnen und Berater. Die KSL entwickeln Fortbildungsangebote und bieten fachliche Begleitung sowie Unterstützung bei der Vernetzung an.

3.15 Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe 
(Kapitel IV.16, S. 181 - 183)

3.15.1 Gemeinsames Bürgerschaftliches Engagement stärken! 
(Kapitel IV.16.1 S. 182 - 183)

Ziel: Bereitschaft zum inklusiven bürgerschaftlichen Engagement durch Qualifizie­­rie­rung stärken

Konkrete Maßnahme: Förderung von Fortbildungsveranstaltungen zur Stärkung des inklusiven bürgerschaftlichen Engagements behinderter und nicht behinderter Men­schen

Federführung: MFKJKS

Sachstand: Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen NRW (lagfa NRW) konnte als Partnerin für die Umsetzung der Maßnahme gewonnen werden. Eine erste Qualifizierungsmaßnahme für Freiwilligenagenturen wurde in 2014 durch­geführt.

Ziel war die Sensibilisierung für Möglichkeiten der Inklusion in der Freiwilligenarbeit. Im Rahmen der „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ in 2015 fanden da­raufhin fünf Veranstaltungen, organisiert durch die lokalen Freiwilligenagenturen, statt, bei denen inklusives Engagement im Fokus stand.


3.15.2 Assistentinnen/Assistenten für taubblinde und hörsehbe­hinderte Menschen (Kapitel IV.16.2, S.183)

Ziel: Stärkung des gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagements

Konkrete Maßnahme: Fortführung der Qualifizierung von Assistentinnen und Assis­tenten für taubblinde und hörsehbehinderte Menschen

98
Federführung: MAIS


3.16 Schutz vor Gewalt und Recht auf Unversehrtheit der Person (Kapitel IV.17, S. 184 - 188)

3.16.1 Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt im Geschlechterverhältnis (Kapitel IV.17.1, S. 184 - 185)

Ziel: Verbesserung des Zugangs zu Schutz- und Hilfemaßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen durch Anpassung an die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Behinderungen


Federführung: MGEPA

Im Jahr 2013 erfolgte eine schwerpunktmäßige Förderung von Projekten örtlicher/regionaler Kooperationen gegen Gewalt an Frauen fokussiert auf die Zielgruppe von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen. Das Projekt ist abgeschlossen, Fördervolumen für diese Zielgruppe ca. 50.000 €.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 modellhaft ein Filmprojekt aus Bielefeld für gehörlose und hörgeschädigte Frauen nach sexualisierter Gewalt finanziert. Das Projekt ist abgeschlossen, Fördervolumen 12.000 €.


3.16.2  NRW-Charta für gewaltfreie Pflege (Kapitel IV.17.2, S. 185 - 186)

Ziel: Schaffung einer NRW-Charta für gewaltfreie Pflege

Konkrete Maßnahme: Aufarbeitung des Themas Gewalt in der Pflege

Föderführung: MGEPA


Alter und Pflege nach § 3 Abs. 3 Alten- und Pflegegesetz erheblich verzögert. Beabsichtigt ist, das Thema in diesem Gremium weiter zu verfolgen.

3.16.3 **Hilfen für Opfer von Gewalttaten in Verbindung mit Trauma-Ambulanzen als flächendeckendes Angebot in NRW aufgebaut (Kapitel IV.17.3 und IV.17.3.1, S. 186 - 187)**

**Ziel:** Förderung der Genesung, Rehabilitation und der sozialen Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen, die Opfer von Ausbeutung, Gewalt oder Missbrauch geworden sind

**Konkrete Maßnahme:** Gesetzlich begründete Aufgabenwahrnehmung des Opferentschädigungsgesetzes für Gewaltopfer durch die Landschaftsverbände und damit zusammenhängende Verantwortung für das vorhandene Angebot der inzwischen 47 Trauma-Ambulanzen im Rheinland und in Westfalen-Lippe

**Federführung:** MAIS

**Sachstand:** Zeitlich prinzipiell unbegrenzte und daher kontinuierlich umgesetzte Aufgaben, die von temporären Umsetzungsschritten bzw. Maßnahmen unabhängig sind. Die Landschaftsverbände bemühen sich kontinuierlich darum, das Angebot an Trauma-Ambulanzen auszubauen und ein flächendeckendes Netz im Land zu schaffen.

3.16.4 **Überprüfung der Polizeilichen Kriminalstatistik (Kapitel IV.17.4, S. 188)**

**Ziel:** Verbesserung der Datenlage zur Thematik „Menschen mit Behinderungen als Opfer von Gewalt“ als Grundlage für präventive und andere schützende Maßnahmen

**Konkrete Maßnahme:** Überprüfung der „Polizeilichen Kriminalstatistik“

**Federführung:** MIK

**Sachstand:** Seit 2008 wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik das Opfermerkmal „Behinderung (körperlich/geistig)“ für den Bereich der Gewaltdelikte erfasst. Das Gespräch mit der Opferschutzorganisation „Weißer Ring“ ist aufgenommen. Von dort aus wurden weitere Verbände kontaktiert.
3.17 Medien und Kommunikation (Kapitel IV.18, S. 188 - 194)

3.17.1 Technologischen Fortschritt nutzen (Kapitel IV.18.1, S. 188 - 190)

Ziel: Die Chancen des technologischen Fortschritts nutzen, um Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten und umfassenden Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen


Federführung: MAIS

Sachstand: Gemeinsam mit der Agentur Barrierefrei NRW haben in diesem Zusammenhang erste Beratungen stattgefunden. Die Maßnahmen, die im Aktionsplan als fortlaufend umzusetzend deklariert sind, konnten vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen und der daraus resultierenden Notwendigkeit, Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, noch nicht realisiert werden.

3.17.2 Menschen mit Behinderungen in den Medien (Kapitel IV.18.2, S. 190 - 191)

Ziel: Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien weiterentwickeln


Federführung: MAIS, STK/MBEM

Sachstand: Wie vereinbart, wurde seitens der Staatskanzlei ein Gespräch mit der LBB geführt, die anstelle der Landesregierung – aus Gründen der Staatsferne des Rundfunks – an das entsprechende Gremiummitglied (Frau Geesken Wörmann von der LAG Selbsthilfe NRW e.V.) mit dem geschilderten Ziel herangetreten ist.
3.17.3 Zugänglichkeit von Medien (Kapitel IV.18.3, S. 191 - 192)

Ziel: Auf Barrierefreiheit der Angebote von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern hinwirken

Konkrete Maßnahme:

1. „NRW-Dialog“ zur Vorbereitung einer entsprechenden Veranstaltung auf Bundesebene sowie bundesweite Dialogveranstaltungen mit Ländern, Rundfunkanstalten und Betroffenenverbänden

Federführung: MAIS, STK/MBEM

Sachstand:

Zu 1.: Die unter Federführung des MAIS geplanten Dialogveranstaltungen des MAIS konnten aufgrund anderer Priorisierungen noch nicht umgesetzt werden.


Im WDR-Fernsehen wird inzwischen mehr als die Hälfte des Programms untertitelt ausgestrahlt, abends ab 18 Uhr sogar mehr als 90 %. Ein großer Teil der untertitelten

3.17.4 Kommunikation zwischen gehörlosen und hörenden Menschen (Kapitel IV.18.4, S. 192 - 194)

Ziel I: Förderung des Erwerbs und des Gebrauchs der Gebärdensprache

Konkrete Maßnahmen:

1. Qualifizierung von Gebärendolmetscherinnen und -dolmetschern, Taubblendenassistentinnen und -assistenten und Gebärdensprachdozentinnen und -dozenten
2. Es werden Weiterbildungsveranstaltungen für Dozentinnen und Dozenten für Deutsche Gebärdensprache zur Verbesserung der Qualität der Gebärdensprachlehre in Nordrhein-Westfalen gefördert

Federführung: MAIS

Sachstand:


Mit der nebenberuflichen Qualifizierung von Gebärdensprachdozentinnen und -dozenten wird in Kooperation mit der Universität zu Köln 2017 begonnen.

Ziel II (neu): Qualifizierung von Schriftdolmetscherinnen und -dolmetschern

Konkrete Maßnahme: Aufbau von Qualifizierungsangeboten für Schriftdolmetscherinnen und -dolmetscher

Federführung: MAIS


In 2017 wird mit der Qualifizierung von Schriftdolmetscherinnen und -dolmetschern in Kooperation mit dem Deutschen Schwerhörigenbund begonnen.

Ziel III: Verbesserung der Barrierefreiheit und des Zugangs zu Informationen und Kommunikation der Justiz


Federführung: JM

Sachstand:

- Die Maßnahmen werden, wie im Aktionsplan ausgewiesen, fortlaufend sukzessiv umgesetzt. Darüber hinaus sind seitens des JM weitere Schritte zur Erreichung des o.g. Ziels angegangen worden:
  - Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 sieht in Artikel 19 eine Neufassung von § 191a Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) vor:
    - Blinde oder sehbehinderte Menschen sind berechtigt, Schriftsätze und andere Dokumente in einer für sie wahrnehmbaren Form bei Gericht einzureichen.
Blinden und sehbehinderten Menschen wird das Recht eingeräumt, Schriftsätze und Dokumente eines gerichtlichen Verfahrens in barrierefreier Form zugänglich gemacht zu bekommen.

Blinden und sehbehinderten Menschen ist auf Verlangen barrierefreie Akteneinsicht zu gewähren.

- Neue Arbeitsplatzsoftware kann von vornherein behindertengerecht gestaltet werden.
- Die im Hinblick auf die Barrierefreiheit der ergonomischen elektronischen Akte erforderlichen Programmierarbeiten sind zwischenzeitlich größtenteils erfolgt. Eine sachverständige Überprüfung erfolgt derzeit.

3.18 Sozialraumentwicklung und örtliche Teilhabeplanung (Kapitel IV.19, S. 195 - 197)

Ziel: MAIS legt Empfehlungen zur örtlichen Teilhabeplanung vor

Konkrete Maßnahme: Einrichten einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Konzipierung der Empfehlungen; Sensibilisierung für die Thematik sowie Bekanntmachung der Empfehlungen auf kommunaler Ebene, insbesondere durch eine Fachveranstaltung; Projektbegleitung durch wissenschaftliche Untersuchung

Federführung: MAIS

Die Arbeitshilfe liegt mittlerweile vor. Sie enthält konkrete Hinweise dazu, wie Inklusion in der kommunalen Planung als Querschnittsthema berücksichtigt werden kann. Die Arbeitshilfe beschreibt dabei fünf Dimensionen, welche für die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens relevant sind (Partizipation und Selbstvertretung; Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung; Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur; Inklusive Gestaltung von Bildungseinrichtungen und anderen Einrichtungen für die Allgemeinheit; Planung und Entwicklung flexibler und inklusionsorientierter Unterstützungsdiesten). Es werden Zielperspektiven formuliert, mit denen eine Selbsteinschätzung der Situation vor Ort vorgenommen werden kann. Daran schließen sich Handlungsempfehlungen an. Der Arbeitshilfe vorangestellt sind Empfehlungen des MAIS, die in neun knappen Leitsätzen Vorschläge für eine inklusionsorientierte Politik für Menschen mit Behinderungen vor Ort machen.


Im Rahmen der Unterstützung kommunaler Aktivitäten zur planerischen Umsetzung der UN-BRK wurde vom MAIS überdies die Erarbeitung des Aktionsplans „Menschengerechte Stadt Wetter (Ruhr)“ finanziell gefördert. Dieser wurde im Mai 2013 in einer großen Veranstaltung unter Mitwirkung von MAIS und LBB vorgestellt.

### 3.19 Projekte in Wissenschaft und Forschung, Evaluation des Aktionsplans (Kapitel IV.20, S. 198 - 199)

Ziel I: Projekt zur Evaluation und Weiterentwicklung des Standes von Forschung und Lehre über die Belange von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen
Konkrete Maßnahme: Priorisierung weiterer Forschungsthemen und Förderung entsprechender Vorhaben im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel

Federführung: MIWF

Sachstand: In diesem Kontext wurden zum 1. Juli 2013 zwei Projekte begonnen:


2. Personalized Modeling and Rapid Manufacturing of individual Knee Implants: Aufbauend auf die etablierte Technologie wird eine personalisierte biomechanische Planung individuell angepasster Implantate unter Einsatz von bildbasierten und modellunterstützenden Technologien vorangetrieben. Das Projekt besteht aus sechs Teilprojekten, das Gesamtfördervolumen beläuft sich auf 2.007.191 €.

Ziel II: Untersuchung der Lebenslage von Menschen mit Sinnesbehinderung

Konkrete Maßnahme: Vergabe und Erstellung einer Studie über die Lebenssituation von hörgeschädigten und taubblinden Menschen

Federführung: MAIS


Ziel III: Kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“

Konkrete Maßnahme: Entwicklung eines Konzepts zur Evaluation des Aktionsplans, Überprüfung der Maßnahmen sowie Aufnahme der Ergebnisse in die Berichterstattung zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen

Federführung: MAIS

angestrebt, zukünftig die Berichterstattung zur Umsetzung der UN-BRK mit der neu zu konzipierenden Berichterstattung zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen (Teilhabeberichterstattung) zusammenzuführen (vgl. § 12 IGG).

3.19.1 **Statistik, Daten und Informationen (Kapitel IV.20.1, S. 200 - 201)**

3.19.2 **Datenbericht zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen (Kapitel IV.20.2, S. 200 - 201)**

**Ziel:** Sammlung und Zusammenstellung geeigneter Daten gemäß den Anforderungen des Artikel 31 UN-BRK sowie deren Veröffentlichung

**Konkrete Maßnahme:** Aufbau eines neuen Berichtswesens zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen (Teilhabeberichterstattung)

**Federführung:** MAIS


Der Aufbau einer neuen Berichterstattung, die die Anforderungen der UN-BRK aufgreift, ist mit großen Herausforderungen verbunden. Denn bisher liegen in der Regel nur Daten zur Inanspruchnahme von Leistungen durch Menschen mit Behinderungen oder Angaben zur (Teil-) Gruppe der schwerbehinderten Menschen vor. Zukünftig sollen die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen und die Bedingungen, die diese Personen ggf. an ihrer Teilhabe behindern, stärker in den Blick genommen werden.

Um der Komplexität des Themas gerecht zu werden und eine umfassende Partizipation sicherzustellen, hat das MAIS vorab eine Expertise ausgeschrieben.

Insgesamt ist folgendes Vorgehen geplant:

1. Erstellung einer Expertise, in der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer Teilhabeberichterstattung für NRW geklärt werden (läuft derzeit)
2. Beratung der Ergebnisse innerhalb der Landesregierung und im Inklusionsbeirat (voraussichtlich II. Quartal 2017)
Die Erstellung der Vorstudie wurde an eine Anbietergemeinschaft, bestehend aus der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Claudia Hornberg) und dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG), Köln (Dr. Dietrich Engels) vergeben. Kooperationspartner ist das Institut „transfer“ (Thomas Schmitt-Schäfer).

Die Anbietergemeinschaft zeichnet sich in besonderem Maße durch die in der Ausschreibung geforderten Kenntnisse der bundespolitischen Aktivitäten, u.a. ausgewiesen durch die Erstellung der Vorstudien zum Teilhabebericht 2013 der Bundesregierung sowie der geplanten Repräsentativbefragung der Bundesregierung („Teilhabe-Survey Deutschland“) und der Erarbeitung des aktuellen Teilhabeberichts der Bundesregierung, aus.

Es wird darüber hinaus bereits während der Erstellung der Expertise ein partizipatives Verfahren durchgeführt, in welches alle wesentlichen Interessengruppen einbezogen werden.

In der vom MAIS herausgegebenen Schriftenreihe zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen sind überdies die folgenden zwei Bände erschienen:

- „Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Hörschädigung in unterschiedlichen Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen“
- „Lebenssituation älterer Menschen mit lebenslanger Behinderung in Nordrhein-Westfalen“.

### 3.20 Inklusion in Schule und Hochschule (Kapitel IV.21, S. 202 - 219)

#### 3.20.1 Eckpunkte zur Inklusion in der Schule (Kapitel IV.21.1, S. 202 - 217)

**Ziel I: Inklusion fängt in den Köpfen an – Leitbild Inklusion im schulischen Bereich**

**Konkrete Maßnahme:** Information und Transparenz

**Federführung:** MSW

**Sachverhalt:** Information und Transparenz – Die Landesregierung hat für die interessierte Fachöffentlichkeit und die zu beteiligenden Interessenverbände bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen:

- Es findet eine regelmäßige, umfassende und breite Beteiligung der Interessenverbände der Menschen mit Behinderungen sowohl durch eigene Veranstaltungen des MSW als auch durch die Teilnahme an externen Informationsveranstaltungen statt.
Das eigene Logo „zusammen lernen – zusammenwachsen“ wurde entwickelt und auf unterschiedlichen Wegen entsprechend publik gemacht.

Die DVD „Auf dem Weg zur inklusiven Schule“ wurde erstellt, zum elektronischen Download bereitgestellt und an Schulen und andere Interessentinnen und Interessenten versandt.

Es wurden zwei Informationsflyer, davon einer nach der Verabschiedung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes, entwickelt, die jeweils in hoher Auflagezahl verteilt wurden.

Es erscheinen regelmäßig einschlägige Beiträge der Projektgruppe Inklusion im MSW in der Publikation „Schule NRW“ und in anderen externen Printmedien.

Es gibt entsprechende Informations- und Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte, Schulaufsicht und das Verwaltungspersonal.

Auf der Homepage des MSW – im Bildungsportal – werden die aktuellen Informationen zum Thema Inklusion zentral unter dem Button „Inklusion“ zusammengestellt und laufend aktualisiert gehalten.


Im September 2016 fand erstmals ein großer Fachkongress zum „Gemeinsamen Lernen“ in der Sekundarstufe I statt.


Über die im Aktionsplan genannten Maßnahmen hinaus sind weitere Aktivitäten in diesem Aktionsfeld angeregt worden bzw. geplant:

Die Geschäftsstelle der Ende 2010 im MSW gebildeten hausinternen „Projektgruppe Inklusion“ bleibt dauerhaft als eigenes Referat erhalten, das auch zukünftig für den schulischen Teil der UN-BRK zuständig sein wird.

Ziel II: Verankerung des Rechtsanspruchs auf inklusive Bildung
Konkrete Maßnahme I: Novellierung des Schulgesetzes

Federführung: MSW


Konkrete Maßnahme II: Anpassung der Regelungen für die Ersatzschulen – Änderung der Ersatzschulverordnung

Federführung: MSW


Ziel III: Inklusion braucht Qualität – Lehrerfortbildung

Konkrete Maßnahme I: Landesweite Professionalisierung der Moderatorinnen und Moderatoren in den Kompetenzteams – insbesondere zur Fortbildung von Kollegien allgemeiner Schulen im Umgang mit Lern- und Entwicklungsstörungen

Federführung: MSW

Sachstand: Es stehen aktuell ca. 270 Moderatorinnen und Moderatoren zur Fortbildung für die Schulen zur Verfügung, weitere 130 werden zurzeit ebenfalls hochwertig qualifiziert. Die Qualifizierung der 3. Kohorte endet im Frühjahr 2018.
Mit dem Haushalt 2017 hat das Land 295 Stellen für Changemanagement im Inklusionskontext zur Verfügung gestellt. 95 Stellen davon stehen ab 1. August 2017 als Systemzeit für die Maßnahme „Fortbildung für Schulen auf dem Weg zur Inklusion“ zur Verfügung, die dafür in einem definierten Umfang in Anspruch genommen werden muss.

Das Procedere der Vergabe der Stellen unterliegt der Mitbestimmung, das Verfahren ist eingeleitet.

**Konkrete Maßnahme II: Landesweite Fortbildungsprogramme der Kompetenzteams**

**Federführung: MSW**

**Sachstand:**


- Die Fortbildungsarbeit der 53 Kompetenzteams deckt folgende acht Programme ab:
  1. Schulentwicklungsberatung
  2. Fortbildungsplanung
  3. Schulkultur entwickeln – Demokratie gestalten
  4. Standard- und kompetenzorientierte Unterrichtsentwicklung in den Fächern
  5. Fortbildung für Schulen auf dem Weg zur Inklusion
  6. Vielfalt fördern – Projekt in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung
  7. Lernmittel- und Medienberatung
  8. Kooperation mit Bildungspartnerinnen und -partnern

Alle Programme unterstützen Schulen auf ihrem Weg zur inklusiven Schule, schwerpunktmäßig „Fortbildung für Schulen auf dem Weg zur Inklusion“.

**Konkrete Maßnahme III: Lehrerfortbildung Berufskolleg (Berufliche Bildung bei besonderem Förderbedarf), auch für Lehrkräfte an Ersatzschulen**

**Federführung: MSW**

**Sachstand:** In einer 160 Stunden umfassenden ScheLF-Maßnahme (Systemübergreifende schulexterne Lehrerfortbildung) werden Lehrkräfte seit Februar 2012 fortgebildet. Die angestrebte Qualifizierung konzentriert sich auf den Förderschwer-
punkt Lernen sowie den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung. Fragen der inklusiven Förderung sind von vorrangiger Bedeutung.

Im Zuge der konkreten Umsetzung inklusiver Modelle am Berufskolleg stehen die folgenden Kompetenzen der Lehrkräfte im Mittelpunkt: Diagnostik, Lernberatung und Entwicklung von Förderkonzepten. Darüber hinaus ist das Modul „Übergänge“ speziell auf die Fragen ausgerichtet, die im Zusammenhang mit dem Einstieg in die Arbeitswelt zu stellen und zu beantworten sind.

Die Qualitäts- und Unterstützungs-Agentur - Landesinstitut für Schule Nordrhein-Westfalen entwickelt Maßnahmen.

**Konkrete Maßnahme IV (neue Maßnahme):** Anpassung der Qualitätsanalyse an Schulen

**Federführung:** MSW

**Sachstand:**
- Weiterarbeit an einer „Checkliste“ für Qualitätsprüferinnen und -prüfer zur Orientierung an der systematischen Erfassung von Erfordernissen des Gemeinsamen Lernens
- Technische Umsetzung im Unterrichtsbeobachtungsbogen zur Abbildung und Auswertung der besonderen Unterstützungsbedarfe von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Gemeinsamen Lernen
- Einsatz des Handlungsleitfadens für Qualitätsprüferinnen und -prüfer zur Analyse von Schulen mit Gemeinsamem Lernen.

**Konkrete Maßnahme V:** Unterstützung der Unterrichtsentwicklung im Gemeinsamen Lernen in allen Schulformen durch externe Evaluation von Unterrichtssequenzen und Sensibilisierung und Qualifizierung der Qualitätsprüferinnen und -prüfer des Landes hinsichtlich der Beurteilung inklusiver Lernprozesse

**Federführung:** MSW

**Sachstand:** Die Maßnahme wurde mit Beginn des Schuljahres 2015/16 gestartet.

**Konkrete Maßnahme VI:** Universitäre Ausbildung - Auf- und Ausbau zusätzlicher Studienkapazitäten für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung

**Federführung:** MIWF

**Sachstand:** Das MIWF fördert seit August 2013 bis Dezember 2018 den Auf- und Ausbau zusätzlicher Studienkapazitäten für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung an den Universitäten Bielefeld, Köln, Paderborn, Siegen und Wuppertal mit Fördermitteln im Gesamtumfang von 70,84 Mio. €. Diese Universitäten richten bis 2018 insgesamt bis zu 2.300 Studienanfängerplätze (1.500 Bachelor- und 800 Mas-

Konkrete Maßnahme VII: Universitäre Ausbildung – Anforderungen an die Lehrerausbildung in einem inklusiven Schulsystem prüfen und entwickeln

Federführung: MSW

Sachstand: Auf Ebene der Kultusministerkonferenz wurden die Standards für die Bildungswissenschaften mit Blick auf die Erfordernisse inklusiven Unterrichts weiterentwickelt und 2014 beschlossen. Darüber hinaus haben die Kultusministerkonferenz und die Hochschulrektorenkonferenz Anfang 2015 die gemeinsame Empfehlung „Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt“ verabschiedet, die konkrete Hinweise gibt, wie die mit der Lehrerbildung für einen inklusiven Unterricht verbundenen Erwartungen in den Hochschulen erfüllt werden können. Auch die curriculare Weiterentwicklung (ländergemeinsame Anforderungen an Fächer und Fachdidaktiken) ist in den meisten Fachprofilen abgeschlossen.


Konkrete Maßnahme VIII: Erwerb des Lehramts für sonderpädagogische Förderung in einer sonderpädagogischen Fachrichtung (Lernen oder Emotionale und soziale Entwicklung) für Lehrkräfte mit einer anderen Lehramtsbefähigung (zeitlich befristet bis 2018) nach der „Verordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung zum Erwerb des Lehramtes für Sonderpädagogik“ (VOBASOF)

Federführung: MSW

Sachstand: Personalwirtschaftliches Ziel der Maßnahme ist es, einen Beitrag zur Sicherstellung der erforderlichen Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung in den allgemeinen Schulen und in den Förderschulen zu leisten. Ausbildungsziel der Maßnahme ist die Befähigung bereits ausgebildeter Lehrkräfte für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung in einer sonderpädagogischen Fachrichtung durch Bestehen einer Staatsprüfung. Die Aus-

**Konkrete Maßnahme IX: Verfahren und Förderung in der Sekundarstufe II**

**Federeführung: MSW**

**Sachstand:** Im Zuge der UN-BRK in den nordrhein-westfälischen Schulen wurde die Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung (AO-SF) angepasst. Das Verfahren und die Förderung in der Sekundarstufe II in § 19 AO-SF sind durch die 9. Änderungsverordnung vom 1. Juli 2016 mit Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung des Landtags umfassend novelliert worden:


Im Rahmen eines auf zwei Jahre angelegten Projekts „Anschlüsse eröffnen - Entwicklungen ermöglichen. Qualifizierungsbausteine in einer dualisierten Ausbildungsvorbereitung“ werden unter der Federführung der Universität Paderborn Qualifizierungsbausteine aufbereitet, erprobt und hinsichtlich einer Implementierung überprüft.

Im Rahmen des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sind die Träger, die die Potenzialanalyse für die Schülerinnen und Schüler durchführen, über die Ausschreibung verpflichtet, diese differenziert auch mit Blick auf Inklusion anzubieten. Für die Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung wird darüber hinaus das Angebot einer zweitägigen Potenzialanalyse geplant. Für Jugendliche mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung, Körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen und Sprache sowie für Schülerinnen und Schüler mit Schwerbehinderung stehen die STAR-Elemente zur Verfügung.

**Ziel IV: Inklusion braucht regionale Verantwortung und planvolle Schritte - Regionaler Inklusionsplan**
**Konkrete Maßnahme:** 53 Stellen für Inklusionskoordinatorinnen und -koordinatoren bei den Schulämtern (IKO), 100 Stellen für Inklusionsfachberaterinnen und -fachberater (IFA)

**Federführung:** MSW


**Ziel V:** Inklusion braucht einen verlässlichen, flexiblen finanziellen Unterstützungsrahmen


**Konkrete Maßnahme I:** Einstellen und Fortführen eines Inklusionsfonds im Haushalt des MSW

**Federführung:** MSW
Sachstand: Mit dem Haushalt 2011 wurde der sogenannte Inklusionsfonds in Kapitel 05 390 Titelgruppe 75 eingerichtet. Es stehen unverändert 3,7 Mio. € zur Verfügung.

Konkrete Maßnahme II: Prüfauftrag für ein neues Ressourcenunterstützungskonzept in der 16. Legislaturperiode

Federführung: MSW


Konkrete Maßnahme III: Sonderpädagogische Lehrkräfte sind Teil des Kollegiums einer inklusiven Schule

Federführung: MSW

Sachstand: Im Rahmen der Inklusion werden vermehrt Lehrkräfte mit sonderpädagogischer Lehramtsbefähigung an allgemeinen Schulen eingesetzt werden. Zur Erreichung des o.g. Ziels bedurfte es einer Anpassung der dienstrechtlichen Vorgaben derart, dass Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung, die zum Kollegium einer allgemeinen Schule gehören, auch dort Leitungsfunktionen übernehmen können.


Konkrete Maßnahme IV: Entwicklung von Leitlinien für Personalmaßnahmen bei schulorganisatorischen Veränderungen

Federführung: MSW

Sachstand: In Abstimmung mit Lehrerverbänden, GEW und allen betroffenen Personalvertretungen wurden „Leitlinien für Personalmaßnahmen bei schulorganisatorischen Veränderungen“ erarbeitet. Sie sollen landesweit gleiche Anwendungsbedingungen schaffen und den Betroffenen Ängste und Unsicherheiten nehmen. Auf der Basis der geltenden rechtlichen Regelungen geben die Verfahrens-
hinweise und Grundsätze, die bei schulorganisatorischen Veränderungsprozessen zu beachten sind, den betroffenen Lehrkräften einen Orientierungsrahmen und gewährleisten eine sozialverträgliche Gestaltung des Veränderungsprozesses. Die Leitlinien gelten für alle Schulformen.

3.20.2 **Inklusion in der Hochschule (Kapitel IV.21.2, S. 217 - 219)**

Ziel: Inklusion an Hochschulen in NRW verwirklichen

**Konkrete Maßnahme I:** Bereitstellung von Hilfen, um Studierenden mit Behinderungen die Teilnahme an Lehrveranstaltungen zu ermöglichen

**Federführung:** MIWF


**Konkrete Maßnahme II:**


2. Das Hochschulgesetz enthält Bestimmungen, nach denen die Hochschulen „die besonderen Bedürfnisse behinderter Studierender und Beschäftigter“ zu berücksichtigen haben. Diese Bestimmungen wurden im Sinne dieser Zielsetzung bereits 2007 um die Vorschrift ergänzt, der zufolge die Bedürfnisse „chronisch kranker Studierender und Beschäftigter“ berücksichtigt werden müssen (§ 3 Abs. 5 Satz 2 Hochschulgesetz (HG)).

**Federführung:** MIWF
Sachstand:

Zu 1.: Aufgrund des § 64 Absatz 2 Nummer 2 HG wurden in den Prüfungsordnungen der Hochschulen nachteilsausgleichende Regelungen für behinderte Studierende aufgenommen.

Zu 2.: Die Vorschrift des § 3 Absatz 5 Satz 2 HG gehört zum Aufgabenkatalog der Hochschulen und wird im konkreten Fall angewandt.

Konkrete Maßnahme III: Sicherstellung psychosozialer Beratungsangebote im Rahmen der allgemeinen Studienberatung

Federführung: MIWF


Konkrete Maßnahme IV: Kooperation von Vertrauenspersonen der behinderten Beschäftigten, den Gleichstellungsbeauftragten sowie den Schwerbehindertenbeauftragten (Kontaktpersonen für Studierende mit Behinderungen) zur Klärung von im Einzelfall auftretenden Fragen von Studierenden und Beschäftigten mit Behinderungen

Federführung: MIWF


In § 77a HG ist eine gesetzliche Verankerung der bereits bestehenden und tätigen Landesarbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen an den Hochschulen vorgesehen. Diese Arbeitsgemeinschaft dient sowohl der Koordination der Belange der schwerbehinderten Beschäftigten wie auch der Zusammenarbeit mit dem Ministerium. Nicht zuletzt wird klargestellt, dass Fahrten zu den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft als Dienstreisen gelten.

Auf Anregung des Ministeriums hat inzwischen eine förmliche Kooperation der Arbeitsgemeinschaft mit dem „Vernetzungstreffen“ begonnen.
Konkrete Maßnahme V: Sicherung der durchgängigen Zugänglichkeit der Hochschulgebäude entsprechend der Landesbauordnung (BauO NRW)

Federführung: MIWF


Konkrete Maßnahme VI: Einbeziehung von Inklusion in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen

Federführung: MIWF


Konkrete Maßnahme VII: Stärkung der Zielgruppenorientierung im Rahmen der allgemeinen Studienberatungsangebote hinsichtlich der besonderen Belange Studierender mit Behinderungen

Federführung: MIWF


In § 62b HG ist die Verpflichtung festgeschrieben, wie die Vertretung der Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung zu erfolgen hat. Die Hochschulen bestellen eine Person, die als Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung die Belange dieser Studierenden wahrnimmt.

Konkrete Maßnahme VIII: Erarbeitung eines Konzepts „Behindertengerechte Hochschule“

Federführung: MIWF


Konkrete Maßnahme IX: Ausweitung des Angebots an Teilzeitstudiengängen
Federführung: MIWF


Konkrete Maßnahme X: Inklusion als Maßnahme der Landesplanung

Federführung: MIWF
